

DIE ALTERNATIVE



GRIECHEN RAUS?

**DEUTSCHLAND: Selbstverwaltungs-
Boom • BEAMTE: Frauen-Einkommen
machen den Unterschied**



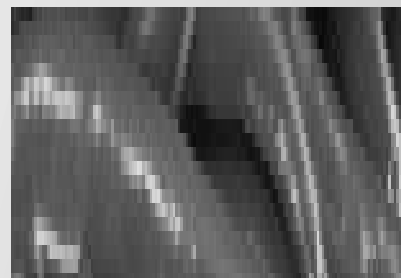
Wie kommen wir aus der Krise?

Hallo Markus,

Gratulation zu deinen meist sehr informativen Artikeln. In den letzten Monaten geht mir allerdings die Frage durch den Kopf, ob diese Krise nicht auch ein Zeichen vom „Ende des Wachstums, der Wachstumsmöglichkeiten“ ist. Ist

die linke Lösung „Wachstumspakt“ (auch eines ökologisch verträglichen) nicht wieder „reformistisch – kapitalismussystemerhaltend“ und konträr zu „radikal-grünen“ Ansätzen von Decrescita und Guten-Leben. Und wie kommen wir dann aus der Krise? Ich würde mich sehr über Antworten beziehungsweise Artikel freuen. Du kannst meine Anfrage gerne als Leserbrief veröffentlichen.

Liebe Grüße vom Peleponnes schickt Dir
Michael Bockhorni

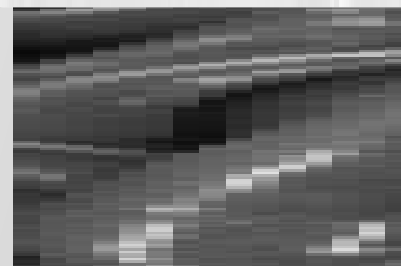


Einladung

zur Landesversammlung der
Steirischen AUGE/UG

- Montag, 8. Oktober 2012, 17 Uhr,
- Ort: Veranstaltungsraum der Grünen Akademie, Am Fuß des Schlossbergaufgang 2, Karmeliterplatz, 8010 Graz.
- Tagesordnungspunkte:
 1. Rechenschaftsbericht
 2. Wahl eines AUGE-Landesvorstandes
 3. Allfälliges

Fragen, Kontakte: auge.stmk@eyecatch.at,
(0664) 390 18 58.



ES REICHT – FÜR ALLE

Den Kuchen neu verteilen!

„Wege aus der Krise“ – ein zivilgesellschaftliches Bündnis unter Gewerkschaftsbeteiligung – lädt im Rahmen eines österreichweiten Aktionstages am 6. Oktober zur Präsentation seines dritten zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets.

Wir wollen eine gerechte Verteilung des Kuchens: Große Vermögen müssen ihren Beitrag leisten, um in die Zukunft investieren zu können. Es reicht – für alle!

Am Spittelberg, Wien, 14–18 Uhr.

Mehr Infos zu den Veranstaltungen auch in den Bundesländern unter: wege-aus-der-krise.at

25. September 2012:

Social Business Tagung im WUK

„Social Business – Chancen für NPOs oder Abhängigkeit in neuem Kleid?“ lautet das Thema beim WUK Bildungs- und Beratungstag 2012 am 25. September von 13–17 Uhr.



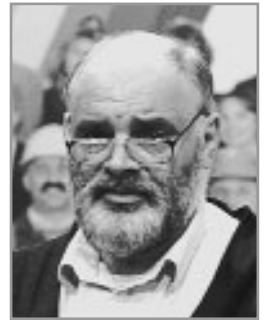
Regina Senarclens de Grancy, Gabriele Gottwald-Nathaniel, Stephan Dorfmeister und Andreas Keplinger stellen europäische Good Practice Beispiele vor und gehen der Frage nach, ob und wie sich soziales Engagement und unternehmerisches Denken unter einen Hut bringen lassen.

Zum Abschluss diskutieren die Vortragenden mit weiteren ExpertInnen, ob Social Business eine brauchbare Alternative für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen sein kann oder ob der Ansatz zu einem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung führt. Im Anschluss lädt das WUK zu einem kleinen Buffet ein. Interessierte haben während der Veranstaltung die Gelegenheit, die Angebote von WUK-Bildung und -Beratung kennenzulernen.

Programm, Anmeldung: wuk.at/event/id/15820

DIE ALTERNATIVE

IM SEPTEMBER



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

THEMA

- Euro: Griechen raus? Seite 4
Griechenland: Sommerpause unterbrochen Seite 8

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

- AbfallberaterInnen sind keine Wegwerfartikel Seite 10
Einkommensunterschiede: Reiche Beamte? Seite 14
Wien: Campus clustern? Seite 17

MAGAZIN

- Selbstverwaltung in Deutschland Seite 18
Pläne der „Schlecker“-Frauen Seite 20

BUCH

- „Wir sind das, was wir erinnern“ Seite 22



. Seite 12

ARBEITSPLÄTZE VERSUS UMWELTSCHUTZ

Seit Wochen ist in der italienischen Hafenstadt Taranto der Bär los. Arbeiter demonstrieren, Regierungsmitglieder reisen zum Krisengipfel an, die Rede ist von Korruption, Bestechung und Justizskandal. Was ist los? Das Stahlwerk Ilva ist der größte Arbeitgeber in der Region Apulien. Mehr als vierzehntausend Menschen sind dort beschäftigt. Das ist die eine Sache.

Die andere: Ilva ist eine gewaltige Dreckschleuder. Dem Eigentümer des Stahlwerkes, dem Riva-Konzern, wird vorgeworfen, nicht ausreichend gegen Staub- und Rauchemissionen vorgegangen zu sein. Sachverständige stellen in dreijährigen Ermittlungen einen Zusammenhang zwischen den Emissionen des Stahlwerkes und einer vielfach erhöhten Quote an Herzinfarkten in einem angrenzenden Viertel fest. Im Verlauf von 13 Jahren sollen 386 Menschen an Krebs gestorben sein. Eine Untersuchungsrichterin ordnete die vorübergehende Schließung des Werkes an und stellte acht Führungskräfte unter Hausarrest.

Bewohner von Taranto kehren fast täglich giftigen roten Staub mit Dioxin und Benzopyrenen von den Balkonen und Fenstersimsen. „Was nützt mir der Arbeitsplatz, wenn ich vergiftet werde?“, fragen sich immer mehr Menschen.

Umweltschützer verlangen die Schließung, Arbeiter demonstrieren für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Ein gewaltiges Dilemma im strukturschwachen Süden Italiens.

Die Regierung Monti versucht einen problematischen Spagat. Sie will sanieren, ohne die Produktion stillzulegen. 336 Millionen Euro wurden bereits bewilligt.

Mein Verdacht: Die privaten Eigentümer wollen die Sanierungskosten ganz einfach „vergesellschaften“.

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Über Risiko und Nebenwirkungen eines Euroaustritts
informiert der aktuelle EU-Infobrief der Wiener Arbeiterkammer.

Von Markus Koza.

GRIECHEN RAUS?

Soll Griechenland die Euro-Zone verlassen und zu einer eigenen Währung zurückkehren? Für den FDP-Chef Philipp Rösler hat der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone jedenfalls inzwischen „... an Schrecken verloren,“ und vom bayrischen CSU-Finanzminister bis hin zu BZÖ und FPÖ steht „Griechenland raus aus dem Euro“ – was übersetzt so viel heißt wie: „Kein Geld mehr für die Griechen“ – längst auf der politischen Tagesordnung rechter Parteien unterschiedlichster Schattierungen. Doch es sind bei weitem nicht nur rechtsliberale, konservative und rechtspopulistische PolitikerInnen und KommentatorInnen, die Griechenlands Zukunft außerhalb der Eurozone sehen. Es gibt durchaus seriöse,

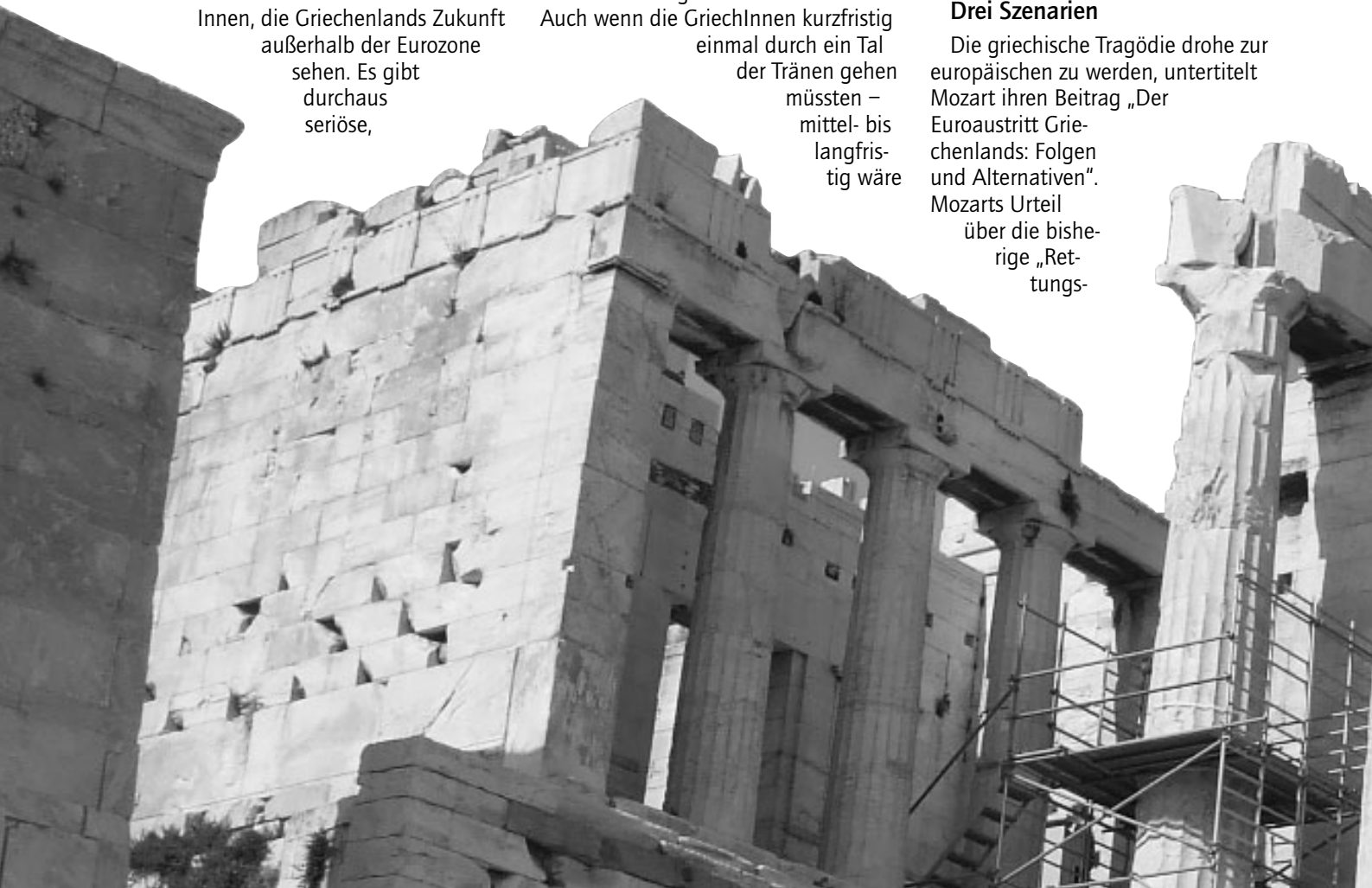
auch fortschrittliche ÖkonomInnen – nicht zuletzt in Griechenland selbst – die einen Euro-Austritt Griechenlands – wenn schon nicht unbedingt für empfehlenswert – doch für wahrscheinlich und beinahe unausweichlich halten. Verbunden ist mit der Rückkehr vom Euro zur eigenen Währung dabei unter anderem die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung durch neu gewonnene Handlungsspielräume in der Wechselkurspolitik: eine „neue“ Drachme würde gegenüber dem Euro drastisch abwerten, was Griechenland „wettbewerbsfähiger“, weil – als Urlaubsland beziehungsweise Produktionsstandort – billiger machen würde.

Auch wenn die GriechInnen kurzfristig einmal durch ein Tal der Tränen gehen müssten – mittel- bis langfristig wäre

ihnen mit einer eigenen, flexibler handhabbaren Währung mehr geholfen. Im aktuellen EU-Infobrief der AK-Wien geht die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Mozart der Frage nach, was denn ein Euro-Austritt Griechenlands für Folgen hätte. Für Griechenland wie für die Euro-Zone. Und ob denn die mit einem Austritt Griechenlands verbundenen Hoffnungen sich erfüllen würden. Eines sei bereits jetzt vorweg genommen: Davon, dass der Euro-Austritt Griechenlands „an Schrecken verloren“ hätte – davon kann aus Mozarts Sicht jedenfalls keine Rede sein.

Drei Szenarien

Die griechische Tragödie drohe zur europäischen zu werden, untertitelt Mozart ihren Beitrag „Der Euroaustritt Griechenlands: Folgen und Alternativen“. Mozarts Urteil über die bisherige „Rettings-



politik“ gegenüber Griechenland ist vernichtend: „Selten in der jüngeren europäischen Geschichte wurde ein so kleines Problem mit so untauglichen Mitteln ‘kuriert’, dass schließlich der Zusammenbruch der Währungsunion droht.“ Warum? Die Krise habe gezeigt, dass nicht nur Währungen, sondern auch Länder großer Währungsräume „Zielscheibe spekulativer Attacken“ sein können. Was wäre die logische Konsequenz aus diesen Erfahrungen? Da „die Finanzmärkte“ nicht nur die Krise entscheidend mitverursacht haben, sondern diese auch noch weiter verstärken, braucht es entsprechende europäische Institutionen, welche die Finanzmärkte „entwaffnen“ – eine Solidarunion – eine Fiskal-, Banken- und Stabilitätsunion, mit Eurobonds sowie einer Bankenlizenz für den ESM (um sich über die Europäische Zentralbank refinanzieren zu können und ggf. am Primärmarkt für Anleihen intervenieren zu können, Anm.) so Mozart. Diesem „notwendigen Zentralisierungs- und Europäisierungsschub“ stehe allerdings das „Bedürfnis zahlreicher EntscheidungsträgerInnen entgegen, Ressentiments potenzieller WählerInnen zu bedienen und gar zu schüren, selbst um den Preis einer nicht kontrollierbaren Kettenreaktion, die letztlich das Ende der Währungsunion und auch der EU bedeuten könnte.“ Zu sehr seien die politischen Eliten in der EU „... in ihrem Glauben gefangen, dass die Krise durch einseitige kontraktive Anpassungen in Griechenland (oder in den anderen Krisenländern) selbst gelöst werden könne.“

Der Zweckoptimismus gehe sogar so weit, dass behauptet würde, ein Euro-Austritt Griechenlands sei inzwischen verkräftbar, das Risiko bereits von den Finanzmärkten eingepreist. Laut Mozart nicht mehr als „ökonomische Phraseologie“, die man „spätestens seit

Ausbruch der Finanzkrise ... beseitigt glaubte“. Mozart geht nun der Frage nach, welche Folgen ein Euro-Austritt Griechenlands tatsächlich mit sich bringen würde. Sie unterscheidet dabei drei Szenarien:

In Szenario 1 wird der hypothetische Fall beschrieben, dass ein geordneter, gut vorbereiteter Austritt Griechenlands aus der Eurozone gelingt, ohne dass sich die Krise auf andere Länder ausbreitet (Euroaustritt ohne Kettenreaktion). Es wird unterstellt, dass es zu einem (teilweisen) Zahlungsausfall Griechenlands kommt.

Im zweiten Szenario wird angenommen, dass im Zuge des Euroaustritts Griechenlands weitere EU-Staaten den Währungsraum verlassen (Euroaustritt mit Kettenreaktion). Dabei wird unterstellt, dass neben Griechenland auch einige weitere Peripheriestaaten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können, es also zu einem (teilweisen) Zahlungsausfall mehrerer Staaten kommt.

Szenario 3 schließlich nimmt einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone inklusive einer Neuverhandlung des Anpassungsprogramms an.

Szenario 1: Euroaustritt ohne Kettenreaktion

In diesem Szenario gelingt es der EU – dank guter Vorbereitung – eine Ansteckung anderer Staaten (insbesondere Südosteuropa, Italien, Portugal, Spanien etc.) zu verhindern. Zur „guten Vorbereitung“ zählen unter anderem:

- Die Stärkung des Eurorettungsschirms ESM (zum Beispiel durch eine Bankenlizenz für den ESM, was diesem ermöglichen würde, sich direkt bei der EZB zu refinanzieren)
- Weitere Ankäufe von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB (beispielsweise durch die Ankündigung der Zentralbank bei Überschreiten eines gewissen Zinssatzes zu intervenieren)
- Einführung von Eurobonds
- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, bevor aus Griechenland in Erwartung einer starken Abwertung der neuen Währung eine Kapitalflucht einsetzen kann
- Zusätzliche Mittel, um die griechischen Banken mit ausreichend Liquidität beziehungsweise Eigenkapital zu versorgen.

Allein die Aufzählung dieser Fülle an – politisch höchst umstrittenen – notwendigen Maßnahmen, zeigt schon die Dimension eines möglichen „geordneten“ griechischen Euro-Austritts, soll dieser so folgenlos wie möglich stattfinden. Unter gegebenen Bedingungen scheint ein derartiger Austritt daher nicht durchführbar, von einem „verlorenen Schrecken“ zu sprechen ist also reines Wunschdenken. Mozart: „Dieses rein hypothetische Szenario soll veranschaulichen, dass Ansteckungseffekte eines Austritts Griechenlands aus der Währungsunion nur verhindert werden können, wenn ein ausreichend großer Schutzschirm gespannt wird. So liegt die effektive Vergabekapazität des EFSF/ESM im zweiten Halbjahr bei nicht einmal 450 Milliarden Euro. Dies ist angesichts des hohen Refinanzierungsvolumens des italienischen und spanischen Staates noch in diesem Jahr nicht ausreichend, um wirksam zu sein.“

Welche Folgen hätte nun ein geordneter, vorbereiteter Austritt Griechenlands zuallererst einmal auf Griechenland selbst?

Dass Griechenland durch die nun gewonnene Möglichkeit, seine Währung gegenüber dem Euro abwerten zu können, tatsächlich an „Wettbewerbsfähigkeit“ gewinnt, ist schon höchst fragwürdig, um nicht zu sagen unwahrscheinlich. Grundsätzlich würde ja eine Abwertung Importe verteuern und Exporte verbilligen. Dadurch sollte mittelfristig ein Gleichgewicht in der Leistungsbilanz erreicht werden, da Exporte ja zunehmen, Importe aber zurückgehen. So weit die Theorie. In der griechischen Praxis liegt der Anteil von Güter- und Dienstleistungsexporten im Jahr 2009 allerdings gerade einmal bei 21 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Griechenland ist also nicht gerade das Exportland schlechthin, die Exporttätigkeit findet zusätzlich in Branchen mit niedriger und mittlerer Technologieintensität statt. Eine Abwertung brächte noch zusätzliche Probleme mit sich: Ein Blick auf die Importstruktur Griechenlands zeigt noch dazu die hohe Abhängigkeit von Maschinen, Fahrzeugen und mineralischen Brennstoffen (Anteil an Warenimporten von ungefähr fünfzig Pro-

Bitte auf Seite 6 weiterlesen



MARKUS KOZA
UG-VORSITZENDER,
IM ÖGB-VORSTAND
UND MITARBEITER DER



zent). Letztere hatten einen besonders starken Preisanstieg zu verzeichnen – was nicht zuletzt zum Anstieg des griechischen Leistungsbilanzdefizits beigetragen hat. Diese importierten Produkte sind allerdings nur schwer zu ersetzen, schon gar nicht aus inländischer Produktion, dazu ist die industrielle Basis schlichtweg zu schwach bis inexistent: „Die über steigende Importpreise (auf Energie, Produktions- und Konsumgüter) induzierte Inflation könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder verschlechtern. Da die langfristige Preiselastizität der griechischen Exporte niedrig ist, müsste die neue Währung sehr stark abwerten, um Exporte anzukurbeln.“

Drohende Lohn-Preis-Spirale

Das alles würde heißen, dass tatsächlich eine enorme nominelle Abwertung (Schätzungen sprechen von dreißig bis sechzig Prozent) notwendig wäre, um – ohnehin erst in einer Mittelfristperspektive – eine deutliche Verbesserung der Leistungsbilanz zu erzielen. Jedenfalls wäre zu befürchten, dass „der Gewinn von preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die nominelle Abwertung durch steigende Inflation (über Importe) und die Gefahr einer Lohn- und Preisspirale zum Teil wieder kompensiert“ würde.

Schuldendienst zusätzlich erschwert

Jedenfalls würde die Abwertung verschuldete Haushalte – öffentliche wie private – vor große Probleme stellen. Ob Kredite in Euro oder in der neuen Währung zurückzahlen sind, hängt davon ab, ob sie nach nationalem oder internationalem Recht begeben wurden. Von Schulden in „ausländischer“ Währung ist besonders der öffentlichen Sektor (Staat und Notenbank) betroffen, wodurch die Schuldenlast in neuer Währung mit der Abwertung natürlich steigt. Aber auch private Haushalte, Unternehmen und Banken, die Kredite bei ausländischen Banken aufgenommen haben oder Anleihen nach internationalem Recht begeben haben, wären von Zahlungsausfällen beziehungsweise Insolvenzen bedroht. „Die Erklärung eines Zahlungsausfalls gilt daher in diesem Szenario als wahrscheinlich.“ Da unter diesen Voraussetzungen der Kapitalmarkt wohl kaum weitere Kredite an Griechenland vergeben wird, müsste Griechenland entwe-

der seinen Sparkurs weiter verschärfen – mit den inzwischen sattsam bekannten fatalen Folgen auf Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand und Budgetkonsolidierung – oder Budgetdefizite von der Nationalbank „finanzieren“ lassen. Was in diesem Falle tatsächlich zu einer höheren Inflation und weiteren Kaufkraftverlusten führen würde, einer wirtschaftlichen Erholung auch nicht förderlich.

Weitere, teure „Bankenrettungen“ drohen – und Sparpakete

Damit wären wir auch schon bei den Auswirkungen eines griechischen Euroaustritts auf den Rest der Eurozone. Die wäre von einem Zahlungsausfall natürlich betroffen, wobei dieses Mal besonders der öffentliche Sektor (EZB, ESM/EFSF, kreditgebende Eurostaaten) betroffen wäre. Der private Sektor – zum Beispiel Banken, Pensionsfonds, Versicherungen – hat seine Forderungen gegenüber Griechenland in den letzten Jahren bereits drastisch reduziert. Ende 2011 belief sich das Volumen aushaftender Kredite, die der private Sektor aus dem Euroraum an Griechenland vergeben hatte, auf zirka sechzig Milliarden Euro (Österreich: 1,8 Milliarden Euro). „Fällt ein Teil davon aus, so sind Bankenrettungen vor allem in jenen Ländern mit einer vergleichsweise hohen Griechenlandexposure notwendig.“ Noch relativ hohe Ausstände hätte dabei etwa der französische, aber auch der Bankensektor des ohnehin besonders krisengeschüttelten Portugal. Die vom öffentlichen Sektor vergebenen Griechenlandkredite belaufen sich auf insgesamt 313 Milliarden Euro (Österreich: 9 Milliarden Euro). Insgesamt beläuft sich das vergebene Kreditvolumen des Euroraums (privat und öffentlich) auf rund vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes. „Bei einem Euroaustritt Griechenlands werden vermutlich Teile davon ausfallen. Zu diesen direkten Effekten kommt hinzu, dass im Zuge der Abschreibungen der öffentlichen Forderungen sowie der notwendig werdenden Rekapitalisierungen der Banken der fiskalische Restriktionskurs noch verstärkt würde (Steuererhöhungen und Ausgabenenkungen), um die budgetäre Belastung aus diesen Ausfällen zu kompensieren. Dies hätte einen deutlich dämpfenden Effekt auf das Wirtschaftswachstum.“

Fassen wir zusammen. Welche Auswirkungen hätte ein geordneter Euroaustritt Griechenlands nach Mozarts Ausführungen?

- in Griechenland würde sich zunächst die Rezession verschärfen und die Arbeitslosigkeit würde weiter steigen.
- Der Euroraum wäre von (teilweise) Zahlungsausfällen getroffen, sowie von der Notwendigkeit Banken zu stützen.
- Besonders betroffen wäre auch der öffentliche Sektor der Euroländer als inzwischen größter Gläubiger Griechenlands.
- Um Zahlungsausfälle Griechenlands und Bankenrettungen zu kompensieren, würden die betroffenen Staaten ihren Sparkurs noch verstärken, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Wachstum, Verteilung und Beschäftigung.

Unerfreuliche Folgen, die einen Euroaustritt Griechenlands gleich viel weniger attraktiv erscheinen lassen, noch dazu wo einige Grundvoraussetzungen für eine derartige Währungsreform technisch kaum umsetzbar scheinen. Mozart: „Ein generalstabsmäßig geplanter Euroaustritt, der Kapitalverkehrskontrollen und Grenzschutzsicherungen erfordert, schon bevor ein Euroaustritt erwartet wird, ist angesichts der technischen Vorlaufzeiten für Banknotendruck und Entscheidungsabläufe eine Illusion.“ Womit wir beim zweiten Szenario wären.

Szenario 2: Euroaustritt mit Kettenreaktion

Szenario 1, so Mozart, sei schon alleine deshalb „rein hypothetisch“, weil ein Euroaustritt gar nicht geordnet erfolgen könnte – weil schlichtweg in den Verträgen nicht vorgesehen:

„Daher wurde in den EU-Verträgen auch bewusst auf ein Recht auf einen Austritt aus dem Euroraum verzichtet, um Spekulationen gegen Länder und sich selbsterfüllende Prophezeiungen zu verhindern. Der Austritt eines Landes aus dem Euroraum lädt zu spekulativen Attacken ein. Die Kettenreaktionen können somit verschiedene Inten-



sitätsstufen durchlaufen; in letzter Konsequenz können die Schockwellen eines Euroaustritts so dramatisch sein, dass sie zum Zusammenbruch der Währungsunion führen.“

Im Szenario 2 wird davon ausgegangen, dass der Euro-Austritt eines Landes den Austritt weiterer Länder nach



sich zieht, die Euro-Zone also auseinanderfällt, in „Kern-“ (welche weiterhin den Euro als Währung haben) und „Peripherieländer“ (Ausstiegsländer mit eigenen Währungen). Zu erwarten ist, dass die neuen Währungen der Austrittsländer einmal ordentlich abwerten, während die verbliebenen Euro-Länder aufwerten. Wie stark der Aufwertungsdruck in den verbliebenen Euro-Kernländern tatsächlich ist, hängt nicht zuletzt von der Kapitalflucht aus den Ausstiegsländern in die „Kernwährungsländer“ (aber auch in Länder wie die Schweiz) ab. Diese Kapitalflucht wird bereits mit der Erwartung eines Auseinanderbrechens der Eurozone einsetzen. Damit ist das Finanzsystem der Austrittsländer mit massiven Liquiditäts- und Solvenzproblemen konfron-

tiert, was einmal mehr teure einzelstaatliche Bankenrettungen notwendig macht. In den verbliebenen Euroländern kämen noch Zahlungsausfälle aus den Austrittsländern dazu, die kaum noch in der Lage wären, ihre Euro-Schulden bei Eurozonen-Banken wie Staaten zu begleichen. Was auch in diesen Ländern Bankenrettungen not-

wendig machen würde – mitten in ohnehin bereits ausgesprochen angespannten fiskalischen Situationen. Mozart: „Sowohl in den Peripherie-, als auch in den Kernwährungsländern des Euroraums werden die fiskalischen Ausgaben für die Stabilisierung der Bankensysteme steigen.“ Insgesamt drohen schwere rezessive Entwicklungen, wie bereits im ersten Szenario beschrieben – wobei der unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsstand durchaus dazu führen kann, dass einzelne Staaten tatsächlich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

„Mutter“ künftiger, noch schlimmerer Finanzkrisen

In den Kernländern kommt es aufgrund des Aufwertungsdrucks ebenfalls zu einem Wachstumseinbruch, weil Exporte teurer werden und dadurch diese Industrien in die Krise geraten. Durchaus wahrscheinlich werden auch Verlagerungen von Industrien in Länder mit weicherer Währung aber grundsätzlich günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Kernländern führt.

Mozart zusammenfassend: „Kommt es zu einem Auseinanderbrechen der Währungsunion, sind eine Rezession und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit sowohl in den Kernwährungs-, als auch in den Peripherieländern die Folge. Es sind weniger die Wirkungen der Wechselkurschocks auf den Außenhandel, die hier für die Länder bedeutend sind, sondern vielmehr die Folgen, die vom Finanzsektor ausgehen.“

Der Ausfall von Zahlungsausfällen trübe vor allem ...

„... die Kernwährungsländer stark. Aus diesen Gründen ist die Europäische Währungsunion, wie schon Barry Eichengreen (US-Starökonom) angemerkt hat, irreversibel: Ein Euroaustritt ‚would trigger the mother of all financial crises‘.“

Szenario 3: Verbleib im Euroraum und Neuverhandlungen

Aus Mozarts Sicht wäre ein Euro-Austritt Griechenlands also nicht nur keine gangbare Alternative, sondern vielmehr das Gegenteil: eine mittlere bis totale Katastrophe. Weil Szenario 1 angesichts „des Fehlens eines ausreichend dotierten Schutzschirms“ eine Illusion darstellt und Szenario 2 sozial- und wirtschaftspolitische Folgen geradezu „apokalyptischen“ Ausmaßes hätte, würde es eintreten.

Mozart präferiert eindeutig den Verbleib Griechenlands – und der übrigen Peripheriestaaten – in der Euro-Zone als jene Option, „die mit den weitaus geringsten Kosten für Griechenland, für den Rest des Euroraums und für die Weltwirtschaft verbunden ist.“ Allerdings wäre eine Neuverhandlung des „Anpassungsprogramms, das für den freien Fall der Griechischen Volkswirtschaft mitverantwortlich ist“ sowie ein unterstützendes „Wachstumspaket“ für Griechenland notwendig: „Die Kernwährungsländer des Euroraums setzen darüber hinaus expansive Impulse, um die Rolle eines Konjunkturmotors im Euroraum einzunehmen.“ Auch „um die Anpassungen der anderen unter Druck geratenen Peripheriestaaten zu erleichtern.“ Der „wirkungsvollste Schritt“, um die Eurozone zu stabilisieren und „Kettenreaktionen“ zu verhindern, wäre zwar die „sofortige Etablierung von Elementen einer politischen Union“ wie

- Eurobonds,
- Bankenlizenz für ESM,
- Bankenunion,
- Fiskaltransfers,
- sowie eine EU-weit harmonisierte Vermögensbesteuerung zur Finanzierung von Wachstumspaketen und Fiskaltransfers.

Allerdings, so Mozart: „Eine rasche politische Umsetzung dafür ist ... nicht in Sicht“, auch wenn die Ergebnisse des EU-Gipfels von Ende Juni zumindest „den Weg in die richtige Richtung“ weisen.

Bleibt, sich mit „vergleichsweise kleinen Schritten“ zu behelfen. Eine „tragfähige und nachhaltige Lösung für Griechenland“ und die „Stabilisie-

Bitte auf Seite 8 weiterlesen

„Kleine Schritte“, „vergleichsweise kleine Lösungen“, die allerdings – so Mozart abschließend – „viel bewirken (könnten), bevor es zu spät ist“.

Der AK-Infobrief EU/Internationales kann über wien.arbeiterkammer.at/eu abonniert werden.

Der AK-Infobrief EU/Internationales kann über wien.arbeiterkammer.at/eu abonniert werden.

Der AK-Infobrief EU/Internationales kann über wien.arbeiterkammer.at/eu abonniert werden.

Der AK-Infobrief EU/Internationales kann über wien.arbeiterkammer.at/eu abonniert werden.

Ein einmonatiger Aufenthalt in Griechenland – ich unternahm eine Rundreise am Peloponnes und war auch drei Tage in Athen – demonstrierte mir die Auswirkungen neoliberaler Politik auf Kosten der Mehrheit der Menschen. Die Sparpolitik, die man den Griechen als Gegenleistung für die Geldhilfe aufgezwungen hat und die in erster Linie durch Lohn- und Pensionskürzungen sowie den verschärften Abbau von Sozialleistungen die Mehrheit der Lohnabhängigen und Pensionsbezieher trifft, führt zur spürbaren Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Während ein Großteil der vermögenden Griechen das Land entweder bereits verlassen hat oder zumindest ihr Vermögen, welches bisher kaum versteuert wurde, ins Ausland geschafft hat, wird nun ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung an den Rand ihrer materiellen Existenz gedrängt.

Der Tourismus am Peloponnes, eine bedeutsame Einnahmequelle für zahlreiche Griechen am Land, ist nahezu vollkommen zusammengebrochen. Dass ich in früher von zahlreichen Touristen aufgesuchten Orten der einzige Ausländer war, entsprach der Regel. Aber auch die griechischen Touristen – vor allem aus den großen Städten reis-

Griechenland heute

kann als Warnung für

die Bevölkerung

Europas dienen.

Von *Gerhard Kohlmaier*.

ten die Griechen bisher gerne die ein oder andere Woche ans Meer oder verbrachten zumindest ein Wochenende dort – blieben aus. Allzu viele können sich solche Erholungsphasen nicht mehr leisten. Die Verkehrsfrequenz auf den Straßen ist spürbar geringer geworden. Viele Menschen, die in den Bergen wohnen, beziehen eine Pension von 270 Euro. Bei Lebensmittelpreisen wie bei uns wissen sie nicht mehr, wie sie die Ausgaben des täglichen Lebens bestreiten sollen. Auch die für diese Leute bisher getätigte Hilfestellung seitens ihrer Kinder, die in den Städten arbeiteten, bleibt vermehrt aus, weil diese selbst arbeitslos sind. In Athen spürt man die um sich greifende Armut

hautnah. Bettler, wohin man sieht, zahlreiche Menschen, die auf den Straßen oder in Häuserruinen schlafen, Geschäfte, die geschlossen haben beziehungsweise schließen. Ein weiteres Problem stellt die zunehmende Kriminalität dar. Überfälle auf Passanten am helllichten Tag, Einbrüche in Geschäfte, Zunahme der organisierten Kriminalität.

Damoklesschwert

In dieser kurz beschriebenen Situation machen die EU und die griechische Regierung weiterhin Druck auf all jene Bürger, die noch nicht ganz verarmt sind. Während man die Obdachlosen und Mittellosen längst ihrem Schicksal überlässt, fordert man von den Erwerbstätigen noch mehr Opfer. Dazu



ΣΟΜΜΕΡΠΑΥΣΕ ΥΝΤΕΡΒΡΟΧΗΝ

bediente man sich den ganzen Juli über des Damoklesschwertes der vollkommenen Staatspleite und des Austritts aus dem Euro-Raum. Weitere Einschnitte für die Bevölkerung, ein weiteres Belastungspaket im Umfang von 11,5 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre wurde am 2. August von der Regierung angekündigt. Und die neoliberalen Akteure der EU und des IWF zeigen sich zufrieden.

In dieser Situation reagiert der griechische Durchschnittsbürger – wie auch die Mehrheit der Bürger in allen EU-Staaten – nicht solidarisch, nicht im Sinne eines funktionierenden Gemeinwesens, aber auch nicht politisch. Nein, sein Denken und Handeln kreist einzig und allein um die Frage, wie er selbst in dieser Situation dem drohenden Schicksal der Verarmung entinnen kann. Statt sich gegen die alltäglich wirksame Korruption von Politik- und Wirtschaftsbossen, aber auch der Beamtschaft im Land zu stemmen, wird er selbst korrupt beziehungsweise betrügt er den Staat, wo er nur kann. Je mehr der Durchschnittsgriechen von der Steuerlast bedroht wird, umso mehr, vor allem wenn es um das materielle Überleben geht, ist er zur Steuerhinterziehung bereit. Und auf den ersten Blick ist seine Argumentation auch noch verständlich: Einem Staat, in welchem die Steuergelder zu einem großen Teil nicht den Bürgern in Form einer funktionierenden Infrastruktur, einer guten Gesundheits- und Altersversorgung, einem guten staatlichen Bildungssystem zugute kommen, sondern in dunklen Kanälen verschwinden und zur Bereicherung einiger weniger dienen, muss man betrügen. Auf den zweiten Blick jedoch ist diese Sichtweise kontraproduktiv, führt sie

doch über kurz oder lang weder zur Veränderung der Strukturen im Staatsgebilde noch zur langfristigen Absicherung beziehungsweise Verbesserung der eigenen Situation. Im Gegenteil: Der Einfluss des Staates wird dadurch noch mehr zurückgedrängt, die Stunde der Privaten hat geschlagen.

Ausverkauf

Die Vereinfachung der Lizenzvergabe für ausländische Unternehmen ist Bestandteil des neuen „Reformpaketes“ der Regierung, die Privatisierung der nationalen Eisenbahnorganisation TRAINOSE sowie deren Instandhaltungsbereichs ROSCO ist bereits auf Schiene gebracht. Nach der Schließung von nahezu allen Eisenbahnstrecken am Peloponnes kann nun der Ausverkauf lukrativer Strecken beginnen. Im Bereich der privaten Liegenschaften entlang der Küste tut sich für das internationale Finanzkapital ein wahres Eldorado an Möglichkeiten auf. Bereits jetzt können viele Griechen, die in den letzten Jahren in den Tourismus investiert haben – sei es in Form des Baus von Appartements, Hotels oder Gründen in Strandnähe – ihre Kredite nicht mehr bedienen. Ein Ausverkauf von gut gelegenen Liegenschaften ist nur noch eine Frage der Zeit. Dann werden auch sicherlich Baugenehmigungen, die den Einheimischen bisher teilweise verwehrt wurden, an internationale Konzerne vergeben werden. Die ansässige Bevölkerung darf dann in diesen „Wohlfühloasen“ zu Dumpinglöhnen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Die in österreichischen Letztklassezeitungen so gerne zitierten „Pleitegriechen“ sind im Wesentlichen Opfer einer neoliberalen Politik, welche auch in

allen anderen europäischen Ländern zielstrebig nach Erweiterung ihrer Finanzinteressen schiebt. Während Milliarden und Abermilliarden von Geldern diesem Finanzkapital weiterhin zugeführt werden, hat der griechische Durchschnittsbürger nichts von diesen „Finanzspritzen“. Die griechischen Politiker fungieren dabei, wie der Rest der europäischen Regierungen, als Erfüllungsgehilfen des Kapitals.

Nach einer aktuellen Studie eines ehemaligen McKinsey-Managers liegen mehr als 20 Billionen Dollar in Steueroasen (Kurier, 4. August 2012). 20.000.000.000.000 Dollar – zusammen mit den in den letzten Jahren angehäuften Vermögenswerten von wenigen Prozent der Bevölkerung – Geld genug, um die Krise in den Staaten zu beenden. Was wir dafür brauchen, ist nichts anderes als eine andere Steuerpolitik. Die Staaten müssen sich die Gelder dort holen, wo sie sind, dort, wo sie über aberwitzige, durch die Politik ermöglichte Machenschaften und Gesetze angehäuft werden konnten.

Ob dies mit den Politikern machbar ist, welche die Weichen für diese Vorherrschaft des internationalen Finanzkapitals gestellt haben, darf bezweifelt werden. Genau so muss jedoch auch in Frage gestellt werden, ob der individuelle Überlebenskampf des Einzelnen in der Gesellschaft (egal ob in Griechenland oder in anderen westlichen Staaten) ihn vor der Auslieferung seiner Lebensbedingungen an die Interessen dieses Kapitals bewahren kann.

Griechenland ist somit – nach zahlreichen anderen Staaten dieser Welt – nicht mehr als ein weiteres Beispiel für die Vorherrschaft neoliberalen Besitzstrebens, im Sinne der Theorie Friedmans, über die Interessen der Bevölkerung hinweg. In dieser Situation ist Solidarität mit den Griechen letztlich Solidarität mit uns selbst, denn die Griechen von heute werden die Europäer von morgen sein.

Quelle: Mag. Gerhard Kohlmaier, Steuerinitiative im ÖGB, 4. August 2012. Originaltitel „Sommerpause unterbrochen“.

Wie in der letzten Alternative berichtet kämpfen die Abfallberaterinnen der Stadt Wien um ihre Arbeitsplätze und um faire Dienstverhältnisse mit sozialer Absicherung und fairer Entlohnung. Die Verträge der meisten BeraterInnen sind Ende Juli ausgelaufen, damit stehen diese seitdem vor dem beruflichen Nichts. *Von Christine Rudolf und Renate Vodnek.*

WIR SIND KEINE



WEGWERFARTIKEL

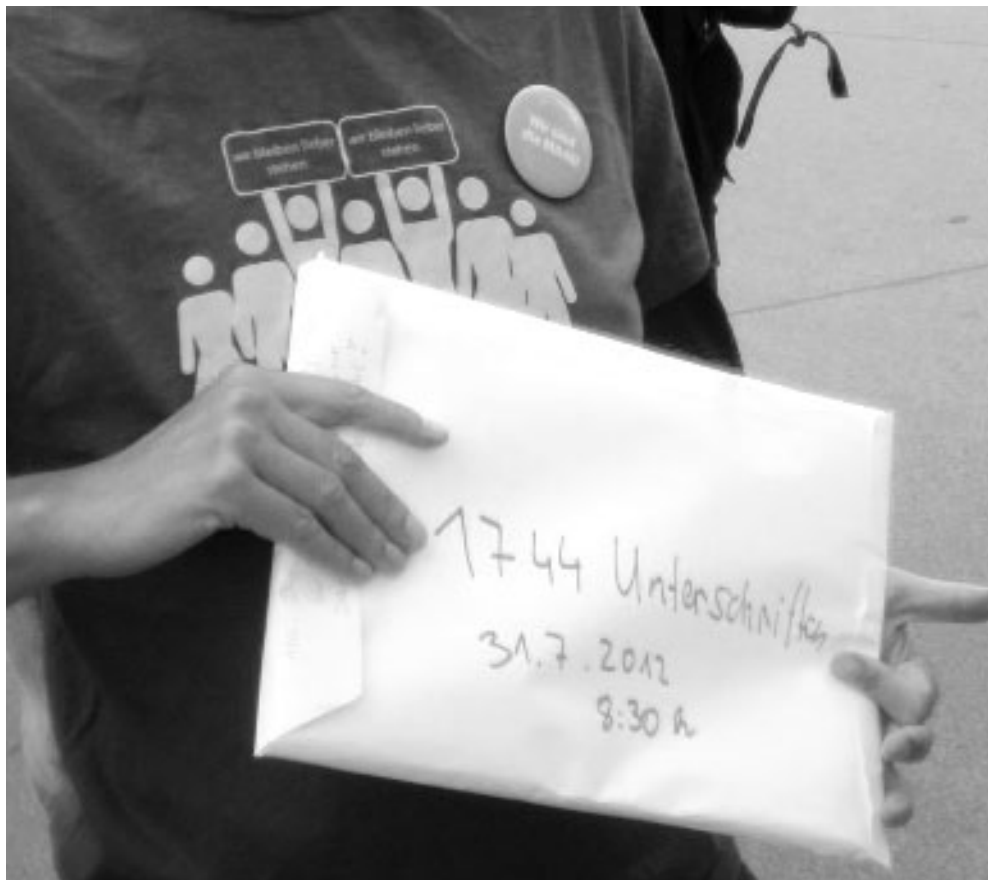
Trotz der großen medialen Berichterstattung und zahlreicher Unterstützungsunterschriften der Petition an die Umweltstadträtin Mag.a Ulli Sima hat sich bis jetzt noch nichts bewegt. Der von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB) mit der rechtlichen Vertretung der betroffenen KollegInnen beauftragte Anwalt hat seine rechtliche Einschätzung mit der Bitte um Stellungnahme und Klärung an die Magistratsdirektion gerichtet. Für ihn sind die bisherigen Verträge aus juristischer Sicht Umgehungs- und Kettenverträge. Bis Mitte August wurde per Personaldirektion der Stadt Wien ein Antwortschreiben angekündigt, das nun von den Betroffenen mit Spannung erwartet wird. Je nach dem Ausfallen der Stellungnahme wird entschieden, ob weitere rechtliche Schritte ergriffen werden oder ob doch noch eine glimpfliche Lösung möglich ist.

Tauchstation, Angst oder doch Ignoranz?

Von der Umweltstadträtin kam bisher kein Kommentar und direkte Anfragen zur Situation werden weitestgehend ignoriert. Der Abteilungsleiter der MA 48, DI Josef Thon möchte „die Debatte nicht über die Öffentlichkeit austragen“. Für Josef Thon sind die Werkverträge jedenfalls korrekt. Christine Rudolf von den Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) bezweifelt dies: „Sowohl nach österreichischem Arbeitsrecht als auch nach einer Richtlinie der EU sind immer wieder befristet abgeschlossene Beschäftigungsverhältnisse nur unter besonderen Bedingungen möglich. Weiters weisen die bisherigen Tätigkeiten auf eine Umgehung eines regulären Dienstverhältnisses hin! Ich fordere daher die rot-grüne Stadtregierung auf, endlich rechtskonforme Bedingungen herzustellen!“

Aktionstag und „Wandertag durch das Rathaus“

Am 30. Juli veranstaltete die Initiative beim Museumsquartier einen Aktionstag, bei dem die AbfallberaterInnen ihre wichtige Tätigkeit für die Stadt Wien und ihr Anliegen für faire und rechtskonforme Verträge bei der MA 48 darstellten. Gleichzeitig konn-



ten noch zahlreiche UnterstützerInnen für ihre Petition an Umweltstadträtin Ulli Sima gewonnen werden. Am 31. Juli fand, nach einer medial gut besuchten Pressekonferenz der Initiative beim Rathaus, der Termin zur Petitionsübergabe statt – die letztlich nur via zentrale Poststelle klappte.

Thomas Kerschbaum, Bundessprecher der KIV/UG und Präsidiumsmitglied der GdG-KMSfB, berichtet über die Odyssee durch das Rathaus: „Das Tüpfelchen auf dem „Ignoranz-i“ zeigte der 31. Juli 2012, als die Initiative vergeblich versuchte, die Petition mit den 1744 Unterschriften an das Büro von Umweltstadträtin Ulli Sima zu übergeben. Das Stadträtin-Büro Sima hat sich eingesperrt, im Stadträtin-Büro Frauenberger hätten sie das Kuvert mit den Unterschriften und der Petition zwar übernommen, aber es kam ein „Nein“ aus dem Sima-Büro.“ Weiter ging es zum Portier, der die Übernahme aber nicht bestätigen durfte. Eine Intervention des Grünen Klubs brachte auch nichts. Letztlich wurde das Kuvert in der Zentralen Poststelle an Stadträtin Sima übergeben. Thomas Kerschbaum

hatte das Gefühl, „die Stadtregierung bunkert sich ein, als wäre die Revolution ausgebrochen“.

ABER: Es ist noch nicht vorbei – die Initiative kämpft weiter!

DAHER – macht Euch mit uns gemeinsam für die Abfallberatung stark:

- Unterschreibt die Petition an Umweltstadträtin Ulli Sima auf petitiononline.at
- Verbreitet die Initiative via facebook: [facebook.com/AbfallberatungWien](https://www.facebook.com/AbfallberatungWien)
- Schickt eine Solidaritätsbotschaft an abfallberatung@gmail.com

Alle Hintergrundinfos und Medienberichte unter abfallberatung.prekaer.at



WIEN ZUKUNFT

DIE RENOMMIERTE INTERNATIONALE AGENTUR FÜR FRAGWÜRDIGE PROGNOSEN ERKLÄRT JETZT:

IM JAHRE 2030 WIRD WIEN ZWEI MILLIONEN EINWOHNER ZÄHLEN

ZWEI MILLIONEN?! WAAAHNSINN

I.A.F.P.

UND IM JAHRE 2040 VIER MILLIONEN

VIER? IRRSINN

UND 2050 ACHT MILLIONEN!

ACHT?!

VERBOTS ZAHREN

WAS NICHT LANGE UNBESTEUERT BLEIBT

AD TÄTTE

VOLKSBEFRAGUNG NOW!
 RADLER MELKKÜHE DER NATION
 RADPARK PICKERL?
 NEIN DANKE

UND WOHER KOMMEN DIE MILLIONEN NEUEN WIENER(INNEN)?
 AUS DEN BUNDESLÄNDERN NATÜRLICH (UND AUS DER BRD)
 TIROL HAT NUR MEHR ZWÖLF (!) EINWOHNER
 UND DIE BEWACHEN DEN BRENNERBASISTUNNEL



Öffentlicher Dienst versus Privatwirtschaft:
Fraueneinkommen machen den Einkommensunterschied.

Von Markus Koza.

REICHE BEAMTE?

BeamtInnen verdienen deutlich mehr als durchschnittliche ArbeitnehmerInnen. Der zentrale Grund dafür: Die annähernde Einkommensgleichheit zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Dienst.

„Beamte: die Sieger des Jahrzehntes“ titelte am 21. Dezember 2010 die Presse. Franz Schellhorn, seines Zeichens stramm-konservativer und wirtschaftsliberaler Leitartikler der Presse, stellte anno dazumal „ohne jegliche Übertreibung“ fest, dass die „Beamten die Gewinner des abgelaufenen Jahrzehnts sind“. Ihre Einkommen hätten sich im Gegensatz zu jenen der „normal sterblichen Arbeitnehmer“ seit 1998 real um 26 Prozent – statt um magere 3,5 Prozent – erhöht, BeamtInnen würden durchschnittlich fast 3 mal so viel verdienen wie ArbeiterInnen und 1,5 mal mehr als Angestellte.

„Beamtenforelle war gestern“ fährt Schellhorn fort. Ja, okay, natürlich gebe es Gründe dafür, die das Abheben zumindest „teilweise“ erklären. Der höhere AkademikerInnenanteil, die Altersstruktur, die geringere Teilzeit. Nun, Schellhorn wirft den BeamtInnen zumindest nicht vor, sie seien für die „üppigen Gehälter“ verantwortlich. Nur sollten „die Glücklichen“ wenigstens „das Märchen von den ach so schlecht bezahlten Staatsdienern freundlicher Weise einpacken“. So Schellhorn abschließend.

Also: Nicht nur, dass BeamtInnen „fixe Jobs“ haben, im Vergleich zu Beschäftigten in der Privatwirtschaft also quasi „unkündbar“ sind, verdienen sie auch noch unglaublich gut, jedenfalls wesentlich besser als Privatangestellte und ArbeiterInnen, aus deren Steuern diese BeamtInnen-Top-Gehäl-

ter auch noch gezahlt werden. Tatsächlich. Laut Einkommensbericht des Rechnungshofs verdienten 2009 (Jahreseinkommen, nicht arbeitszeitbereinigt, Männer und Frauen zusammen)

- ArbeiterInnen ein mittleres Einkommen von 17.874 Euro
- Angestellte ein Mediangehalt von 27.723 Euro
- Vertragsbedienstete 28.103 Euro
- BeamtInnen aber 47.848 Euro.

Der Wutbürger schnaubt: Wenn das alles so stimmt, dann sind Nulllohnrunder aus „Fairnessgründen“ doch wohl nur gut und gerecht. Oder?

Nun der Spitzenverdiener Schellhorn – es darf wohl beruhigt angenommen werden, dass ein stellvertretender Chefredakteur der Presse nicht zur Gruppe derjenigen gehört, die am Hungertuch nagen – hat allerdings den einen, wenn nicht sogar den einzigen wesentlichen Grund für den Einkommensunterschied zwischen BeamtInnen und Privatangestellten geflissentlich ausgeblendet. Oder bewusst verschwiegen, weil sonst die „hohen“ Beamteneinkommen in einem ganz anderen Licht erschienen wären und ob ihrer Höhe ganz gewaltig „relativiert“ hätten werden müssen. Fakt ist nämlich tatsächlich, dass die Fraueneinkommen in der Privatwirtschaft skandalös niedrig sind, im öffentlichen Dienst – und hier insbesondere bei den BeamtInnen – dagegen annähernd Einkommensgleichheit zwischen den Geschlechtern besteht. Und dass dieses Faktum wohl tatsächlich die zentrale Ursache für den „Einkommensgap“ zwischen Privatangestellten und der BeamtInnen (für den gesamten öffentlichen Dienst gibt es diesen „Einkommensunterschied“ in der Eindeutigkeit ohnehin nicht) ist. Oder anders gesagt:

Würde in der Privatwirtschaft endlich Einkommensgleichheit bzw. -gerechtigkeit unter den Geschlechtern hergestellt, gäbe es keine wesentlichen Einkommensunterschiede zwischen Privatangestellten und BeamtInnen mehr!

Gründe für Einkommensunterschiede

Noch einmal in aller Kürze die Gründe für die Einkommensunterschiede zwischen öffentlich Bediensteten – insbesondere BeamtInnen – und Privatangestellten:

- Altersstruktur: BeamtInnen sind durchschnittlich 10 bis 11 Jahre älter als Angestellte. Die Altersstruktur erklärt sich daraus, dass es aufgrund des Aufnahme- und Pragmatisierungstopps nicht nur immer weniger BeamtInnen gibt, sondern auch kaum mehr „junge“ BeamtInnen nachkommen. Vergleicht mensch die mittleren Einkommen langjährig beschäftigter männlicher Angestellter (nach 20 Dienstjahren) mit jenem entsprechend langjährig beschäftigter Beamter, so lag das mittlere Angestellteinkommen 2009 (Quelle: Einkommensbericht des Rechnungshofs 2010) mit 59.756 Euro sogar deutlich über jenem vergleichbarer Beamter (49.260 Euro).

- Ausbildungsgrad: Der Anteil von Universitäts- beziehungsweise HochschulabsolventInnen ist unter den BeamtInnen mit 43 Prozent deutlich höher als unter den Privatangestellten mit 18 Prozent. Unter den Vertragsbediensteten (VB) in den öffentlichen Diensten liegt der AkademikerInnenanteil mit 32 Prozent ebenfalls deutlich über jenem der Privatangestellten – mit einem mittleren Einkommen von 28.623 Euro im Jahr lagen die Einkom-



Dienst und in der Privatwirtschaft (Angestellte) gegenübergestellt, relativiert sich der Einkommensunterschied deutlich. Warum besteht dann dennoch eine derartige Einkommensdifferenz zwischen Privatangestellten und BeamtInnen? Es liegt tatsächlich – wie bereits oben erwähnt – an den Fraueneinkommen.

Zentraler Grund Fraueneinkommen

men der VB 2010 allerdings mit jenen der Angestellten (27.710 Euro pro Jahr) trotz tendenziell höheren Bildungsgrads praktisch gleichauf.

- Beschäftigungsdauer, -grad: Während öffentlich Bedienstete (VB und BeamtInnen) zu 97 Prozent ganzjährig vollzeitbeschäftigt sind, liegt der Anteil bei den ArbeiterInnen bei lediglich 70 Prozent, bei Angestellten bei 82 Prozent. Während 20 Prozent der ArbeiterInnen und 31 Prozent der Angestellten nur Teilzeit beschäftigt sind, liegt der Teilzeitanteil bei den öffentlich Bediensteten bei unterdurchschnittlichen 17 Prozent. Der Einkommensunterschied zwischen öffentlich Bediensteten (BeamtInnen und Vertragsbedienstete) und Angestellten reduziert sich bei vergleichbaren ganzjährig und vollzeit Beschäftigten (Frauen und Männer) laut Einkommensbericht des Rechnungshofes (Zahlen für 2009) bereits auf ein Verhältnis von 42.879 Euro (öffentlich Bedienstete) zu 36.710 Euro (Angestellte) jährlich. Aktuellere Zahlen aus 2010 sehen die mittleren Bruttojahreseinkommen bei ganzjährig, vollzeitbeschäftigten männlichen Angestellten schon bei 48.407 Euro, bei Beamten bei 50.304 Euro, bei männlichen Vertragsbediensteten bei 36.992 Euro. Ganzjährig vollzeitbeschäftigte männliche Angestellte verdienen damit nur noch geringfügig weniger als ihre beamteten Kollegen – trotz unterschiedlicher Altersstruktur, trotz unterschiedlichen Ausbildungsgrads – allerdings deutlich mehr als Vertragsbedienstete.

Werden also vergleichbare Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen

Ein Blick auf die Homepage von Statistik Austria beziehungsweise in den Einkommensbericht reicht. Wenn also vergleichbare Einkommen von Männern im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft kaum Unterschiede aufweisen, im Gegenteil privatangestellte Männer deutlich besser verdienen als ihre vertragsbediensteten Kollegen, sieht der Vergleich bei den Frauen schon ganz anders aus.

- Frauen verdienen in Summe (nicht arbeitszeitbereinigt) nur 60 Prozent ihrer männlichen Kollegen. Besonders drastisch stellt sich das Bild bei den ArbeiterInnen dar: Mittlere Arbeiterinneneinkommen belaufen sich auf 44 Prozent der Arbeitereinkommen. Bei den Privatangestellten verdienen Frauen nur 50 Prozent der Männereinkommen. Bei den Vertragsbediensteten verdienen Frauen zwar auch nur 77 Prozent der Männer – die Fraueneinkommen liegen allerdings hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Männereinkommen schon deutlich über dem Schnitt und deutlich über den Fraueneinkommen in der Privatwirtschaft. Bei den BeamtInnen liegen die durchschnittlichen Fraueneinkommen überhaupt schon bei 93 Prozent der Männereinkommen.

- In absoluten Zahlen stellt sich die Einkommenssituation wie folgt dar: 2010 lagen die mittleren jährlichen Fraueneinkommen unselbständig Beschäftigter bei 18.270 Euro (Männer: 30.316). Arbeiterinnen verdienten 10.492 Euro (Arbeiter: 23.891), weibliche Angestellte 20.292 Euro (männliche Angestellte: 40.401). Weibliche Vertragsbedienstete bezogen ein Jahreseinkommen von 25.768 Euro

(männliche VB: 33.393), Beamtinnen 46.726 Euro (Beamte: 49.983).

- Vergleicht mensch die Einkommenssituation ganzjährig vollzeitbeschäftigter Frauen, macht dies noch sicherer: Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen verdienen mit mittleren 30.775 Euro tatsächlich schon immerhin 81 Prozent der Männer. Ausschlaggebend für diese relativ hohe Verhältniszahl ist allerdings vor allem der öffentliche Dienst: Arbeiterinnen (20.801 Euro im Jahr) verdienen mit 68 Prozent der Männerlöhne (30.373 Euro im Jahr) nach wie vor deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Ganzjährig vollzeitbeschäftigte weibliche Angestellte (jährlich 31.754 Euro) gar nur 66 Prozent der vergleichbaren männlichen Angestellten (48.407 Euro). Bei den weiblichen Vertragsbediensteten halten die Frauen dagegen schon bei 93 Prozent der Männereinkommen, nämlich bei 34.249 Euro (männliche VB: 36.992). Und – mensch lese und staune: Beamtinnen verdienen mit 50.606 Euro 101 Prozent des vergleichbaren männlichen Beamtensalärs.

Nun haben wir ihn also tatsächlich gefunden, den großen Unterschied: Es sind die Fraueneinkommen. Die sorgen für die „Verzerrung“ der Beamten-einkommen nach oben. Oder besser gesagt, für die „Angestellteinkommen“ nach unten. Der Skandal liegt nicht bei den „üppigen“ Beamteneinkommen. Er liegt bei den dramatisch niedrigen Fraueneinkommen.

Verlogene, ideologische Debatte

Wer den Einkommensunterschied zwischen öffentlich Bediensteten – besser gesagt zwischen BeamtInnen und Privatangestellten – als „ungerecht“ und „unverhältnismäßig“ beklagt und nicht dazusagt, dass die skandalös niedrigen Fraueneinkommen in der Privatwirtschaft – also Einkommensdiskriminierung statt Einkommensgleichheit – dafür verantwortlich zeichnen, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es ihm weniger um die Behebung des Missstandes Einkommensdiskriminierung geht als um Gehaltskürzungen bei den BeamtInnen

Bitte auf Seite 16 weiterlesen

nen. Und betroffen wären vor allem die Fraueneinkommen!

Es ist schon so. Hätten die Schellhorns und wie sie alle heißen ein Problem mit der großen Einkommensspreizung, so müssten sie die massiv einbrechenden Einkommen bei den ArbeiterInnen, die immer weiter auseinandergehende Einkommensschere bei den Privatangestellten thematisieren und wie ungerecht das alles denn nicht sei. Machen sie nicht. Warum auch? Sie sind reaktionär, wirtschafts-, neoliberal. Diese Entwicklungen kommen ihnen durchaus entgegen. Sie profitieren von diesen. Diese Tendenzen wollen sie mit Flexibilisierungen, Deregulierungen, Atypisierungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse noch weiter befördern, noch beschleunigen, um den Lohn- und die Lohnspreizung noch weiter zu erhöhen. Sie thematisieren auch nicht den wachsenden Einkommensunterschied zwischen ökonomischen, politischen und leitartiklenden Eliten – beziehungsweise diejenigen, die sich dafür halten – und den „normal sterblichen Arbeitnehmern“. Nein, sie kritisieren auch nicht die „üppigen Einkommen“ in den Vorstandsetagen und Chefredaktionen.

Sie attackieren frontal und mit unzulässigen beziehungsweise fragwürdigen Vergleichen die öffentlichen Dienste beziehungsweise Bediensteten und empören sich über tatsächliche oder vermeintliche Privilegien und Einkommensunterschiede im Vergleich zur Privatwirtschaft. Einkommensunterschiede, die vor allem darin begründet sind, dass im öffentlichen Dienst – vor allem bei den BeamtInnen – weitestgehend das verwirklicht ist, was eigentlich schon längst – selbst unter Leitartiklern – gesellschaftlicher Konsens sein sollte und in der veröffentlichten Meinung auch überwiegend Konsens ist: Dass es zwischen den Geschlechtern Einkommensgleichheit beziehungsweise -gerechtigkeit geben muss! Schellhorn und Kumpanen ist das Faktum annähernder Einkommensgleichheit im öffentlichen Dienst natürlich keine Rede wert. Es würde sie in ihrer

Agitation gegen die privilegierten BeamtInnen empfindlich stören. Gegen faire Fraueneinkommen lässt sich selbst unter Konservativen nur schwer wettern.

Lassen wir uns nicht für blöd verkaufen

Machen wir uns nichts vor: Wer gegen die öffentlichen Dienste und gegen öffentliche Dienstverhältnisse agitiert, hat tatsächlich die Fraueneinkommen im Fokus. Wer den öffentlichen Dienst „zurückschrumpfen“ will, nimmt Frauen Einkommen und sorgt für ein Stück weniger Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Je weniger öffentlicher Dienst, desto weniger Einkommen für Frauen,

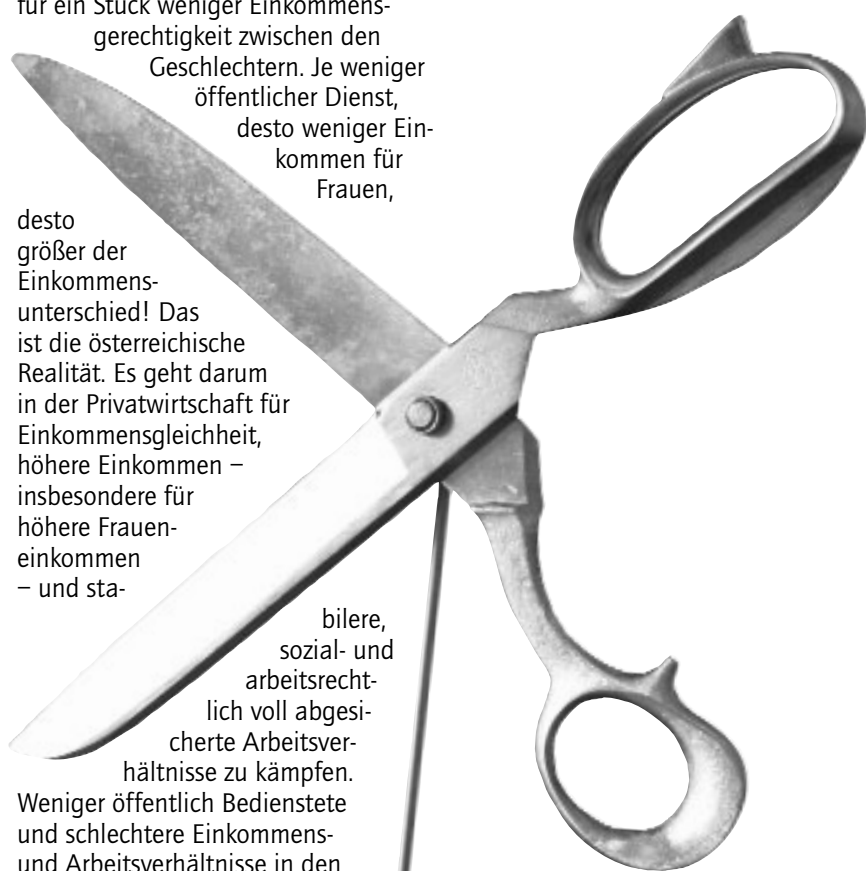
desto größer der Einkommensunterschied! Das ist die österreichische Realität. Es geht darum in der Privatwirtschaft für Einkommensgleichheit, höhere Einkommen – insbesondere für höhere Fraueneinkommen – und sta-

bilere, sozial- und arbeitsrechtlich voll abgesicherte Arbeitsverhältnisse zu kämpfen.

Weniger öffentlich Bedienstete und schlechtere Einkommens- und Arbeitsverhältnisse in den öffentlichen Diensten nutzen ArbeitnehmerInnen nichts.

Nulllohnstunden in den öffentlichen Diensten bringen keinem Arbeitneh-

mer und schon gar keiner Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft auch nur einen Cent mehr im Geldbörstel. Vielmehr das Gegenteil ist der Fall. Viele im privatwirtschaftlichen Bereich werden von Nulllohnstunden betroffen sein – seien sie im privaten Sozial-, Gesundheits- oder Bildungsbereich oder über dem Umweg sinkender gesamtgesellschaftlicher Nachfrage. Dagegen gilt es sich gemeinsam zur Wehr zu setzen!



Travail Suisse Lohnschere
2006: OC Oerlikon AG

CAMPUS CLUSTERN

Auf zwanzigtausend Quadratmetern Grundfläche wird die neue Bildungsadresse in Favoriten elf Kindergarten-Gruppen, eine 17-klassige Ganztagsvolksschule und (erstmal in Wien!) auch eine 16-klassige Ganztags Hauptschule beherbergen. Insgesamt werden um die tausendeinhundert Kinder und Jugendliche im Alter zwischen null und vierzehn Jahren, etwa zweihundert PädagogInnen und Verwaltungspersonal den neuen Bildungsstandort bevölkern. Eröffnet wird der Bildungscampus im Herbst 2014.

Pro

„Wir wollen hier für Kinder eine Umgebung schaffen, in der Lernen und Freizeit ideal kombiniert werden können“, betont Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. „Das Besondere an diesem Standort ist, dass hier erstmals ein Campus für Null-bis 14-Jährige entsteht.“

Bemerkenswert ist vieles am neuen Bildungscampus. Erstmals wurden bereits im Architektur-Wettbewerb (2009) gleichberechtigt technische Anforderung und moderne pädagogische Inhalte berücksichtigt. Das Resultat: Die als Ganztagschulen geführten Bildungseinrichtungen sind wesentlich harmonischer miteinander verknüpft, als dies anderswo überhaupt möglich ist. Ziel ist es, dass der

Wieviel offenes pädagogisches Arbeiten ist Kindern zumutbar?

Von *Martina Petzl-Bastecky*.

neue Campus idealerweise möglichst viele Synergien im Miteinander schafft, zugleich aber auch genügend Rückzugsorte beziehungsweise Räumlichkeiten für Kreativität bereitstellt. Wesentlich ist beim neuen Bildungscampus auch die Verknüpfung von „Dinnen“ und „Draußen“: So kann jede Klasse und Gruppe – bei entsprechendem Wetter – die Bildungseinheit problemlos ins Grüne verlagern!

Im Kindergarten werden je zwei oder drei Gruppen zur nächstgrößeren Organisationseinheit, dem „Cluster“ zusammengefasst. Dadurch wird im Sinne des Wiener Bildungsplanes der „offene Betrieb“ unterstützt, bei dem ihnen der gesamte Kindergarten zur Verfügung steht. Die Struktur des Projektes ermöglicht es den Kindern sehr gut, allmählich mit dem ganzen Gebäudekomplex vertraut zu werden, auch Bereiche kennenzulernen, die der Schule zugeordnet sind und sich darin selbständig und sicherer bewegen. Entsprechend den Prinzipien des Wiener Campusmodells wird so der Übergang vom Kindergarten zur Schule erleichtert.

Der geplante Ganztagsschulbetrieb in verschränkter Form, bei dem über den Tag verteilt Lern- und Freizeitphasen wechseln, sowie zukunftsweisende pädagogische Prinzipien wie individuelle Förderung, Arbeiten in unterschiedlichen Gruppengrößen, selbstorganisiertes und offenes Lernen sowie Projektunterricht zum Tragen kommen sollen, sind Grundlage für diesen Schulneubau.

Contra

Neben drei bereits bestehenden Campusmodellen darf die Vorfreude auf ein weiteres etwas verhalten sein. Die neuen architektonischen Einflüsse, welche aus den 1980er Jahren als Loft bekannt sind, mögen hip und praktisch wirken, stellen jedoch die Kinder und PädagogInnen vor große Herausforderungen. Die stete Lärmentwicklung und die oft fehlenden Möglichkeit für Rückzug fordern im Alltag. Zu berücksichtigen wäre, dass wir über ein ganztägiges Bildungsmodell sprechen. Damit ist die Verweildauer der Kinder eine lange und der Wechsel von einem ausgewogenen Maß an Sozialkontakten und der Möglichkeit des Konsumierens von Ruhe ein wichtiger Maßstab für den Erfolg einer solchen Einrichtung.

Das Durchmischen der Altersgruppen ist ebenfalls in vielen Situationen nicht ganz so homogen wie dargestellt. Unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse, je nach Altersgruppe, können nicht wie im Urlaub in der bekannten Clubatmosphäre übernommen werden. Ein gerüttelt Maß von Bildung und Freizeitgestaltung darf auch mit einem überschaubaren Gruppenverband einhergehen. Es hat sich ohnedies oftmals bestätigt, dass sowohl die Gruppen in Kindergärten als auch die Schulklassen viel zu groß sind, da muss nicht auch noch „geclustert“ werden. Immerhin ist zu bedenken, dass zwei bis drei Gruppen übersetzt 50 bis 75 Kinder heißen.

Als langjährige Pädagogin würde ich da nicht mehr von einer innovativen pädagogischen Idee (offenes Arbeiten) sprechen. Eher fällt mir der Mangel an pädagogischem Fachpersonal ein. Und das wiederum weckt in mir die Frage: Ist Bildungsarbeit unter solchen Voraussetzungen machbar und nachhaltig? Was sich immer wieder als Erfolg verbuchen lässt, sind die wirklichen Erfolge im Festigen und Ausbauen der sozialen Kompetenz durch gruppenübergreifendes Setzen von Angeboten. Das gelingt aber in herkömmlichen Projekten jetzt schon, ohne Marktplätze und Clusteransätze.



MARTINA PETZL-BASTECKY

PERSONALVERTRETERIN
DER WIENER KINDER-
GÄRTEN, WIENER
LANDESPRECHERIN DER



In Deutschland entstehen jedes Jahr 250 neue Genossenschaften.

Von Wolfgang Kessler.

SELBSTVERWALTUNG

Aus ArbeiterInnen gute KapitalistInnen machen: Dieser Verdacht wurde in Deutschland von Linken lange gegenüber Genossenschaften geussert. Inzwischen jedoch engagieren sich wieder mehr BürgerInnen für eine solidarische Ökonomie. Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2010 wünschen sich 88 Prozent der Bevölkerung eine „andere Wirtschaftsordnung“. Praktische Veränderungen brauchen jedoch ihre Zeit. Traditionell diskutieren linke KapitalismuskritikerInnen lieber über Theorien, als sich auf die Praxis einzulassen.

Der Streit zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis tobt in Deutschland seit 150 Jahren. Schon Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich eine genossenschaftliche Bewegung mit zwei grossen Flügeln: Der bürgerliche Teil der Bewegung zielte auf unternehmerische Selbsthilfe. Aus ihm gingen schliesslich die Volks- und Raiffeisenbanken hervor.

Auf der anderen Seite feierten die Konsumvereine der Arbeiterbewegung ursprünglich grosse Erfolge: Sie kauften en gros billig ein, um den Preisvorteil an ihre Mitglieder weiterzugeben. In einigen Fällen führten die Konsumvereine auch angeschlagene Betriebe in Eigenregie weiter. Der Verdacht führender Gewerkschafter, aus ArbeiterInnen gute KapitalistInnen machen zu wollen ist auch heute der wichtigste Vorbehalt gegenüber Genossenschaften und Alternativbetrieben. Er trug dazu bei, dass die Konsumvereine nach ihrem Verbot durch die Nationalsozia-

listen in der Bundesrepublik keine Rolle mehr spielten. Mit der Anpassung der Gewerkschaften an das Wohlstandsmodell Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren verloren sie an Bedeutung. Der Versicherungskonzern Volksfürsorge und die Wohnungsgesellschaft Neue Heimat wurden zu ganz normalen Unternehmen. Die Neue Heimat war sogar so normal, dass sie infolge eines Korruptionskandals abgewickelt werden musste.

Die Gewerkschaften entwerfen längst keine alternativen Wirtschaftsmodelle mehr. Sie setzen alles daran, den Anteil der Beschäftigten am Ertrag der Wirtschaft zu vergrössern: höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, Ausbau des Sozialstaats. Betrachtet man die zunehmenden Verbesserungen für die Lohnabhängigen und die wachsende Ausgestaltung des Sozialstaats vor der Jahrtausendwende, so war diese Strategie lange Zeit durchaus erfolgreich.

Allerdings passten sich die Gewerkschaften – ihre Führung ebenso wie die meisten Mitglieder – dabei der Denklage des Kapitalismus an: Mehr produzieren, mehr arbeiten, das Geld gerechter verteilen – und alles wird gut. Diese Logik haben sie so verinnerlicht, dass sie allen Versuchen, eine wirtschaftliche Gegenwelt von unten aufzubauen, kritisch gegenüberstehen. Das galt schon gegenüber der studentischen 68er-Bewegung, die mit ihrer grundsätzlichen Kritik am US-Imperialismus und am deutschen Wirtschaftssystem die Republik erschütterte. Auch wenn so manche StudentInnen eine Zeit lang in Fabriken arbeiteten, blieb der Schulterchluss zwischen ihnen und den ArbeiterInnen aus.

So hinterliessen die Gedanken der Achtundsechziger in den Gewerkschaf-

ten nur wenig Spuren, wohl aber in der beginnenden Alternativbewegung. Sie wollten antikapitalistische Prinzipien in einer ökonomischen Alternativwelt umsetzen: kein Privateigentum in der Hand von wenigen, Beteiligung aller an den Gewinnen, gleiche Löhne für alle, keine Hierarchien, Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, ja der Arbeitsteilung überhaupt – das waren die Ideale vieler selbstverwalteter Betriebe, die Mitte der siebziger Jahre entstanden. Dazu gehört die Berliner Tageszeitung „taz“. Bis zu 12.000 selbstverwaltete Betriebe zählte man in den achtziger Jahren – darunter in erster Linie Dienstleistungsbetriebe wie Buchläden, Teestuben, Kneipen, Verlage, Druckereien, Umzugskollektive oder auch Autowerkstätten.

Dennoch blieb die Gegenwelt eine Nische. Von den Gewerkschaften wurden die selbstverwalteten Betriebe als „Selbstaubeuter“ und „Saboteure sozialer Normen“ abgelehnt – nicht immer zu Unrecht, denn um Tarifverträge kümmerten sich die meisten Alternativbetriebe wenig. Frank Heider von der Universität Frankfurt ermittelte für die Alternativbetriebe in den achtziger Jahren einen monatlichen Durchschnittslohn von 1250 D-Mark netto. Entsprechend unattraktiv waren sie denn auch für viele Beschäftigte, die die Sicherheit etablierter Betriebe dem „Chaos“ der Alternativen vorzogen. Dennoch bewies die Alternativbewegung, dass ein Wirtschaften jenseits von Rendite, Hierarchien und Privateigentum möglich ist.

Diese Erfahrung konnte in den neunziger Jahren auch der Neoliberalismus nicht auslöschen. Er reduzierte das Wirtschaften auf eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung im Dienste einer möglichst hohen Rendite oft anonym

Wolfgang Kessler ist seit 1999 Chefredakteur der alternativen christlichen Zeitschrift „Publik-Forum“ und publizierte zuletzt das Buch „Geld regiert die Welt. Wer regiert das Geld?“



*Von der Tristesse ins bunte
Genossenschaftswohnen:
Die Genossenschaft
„Fairwohnen“ rettet
ostdeutsche Platten-
bauten vor der
Privatisierung*

des Wirtschaftens jenseits von Profit und Privateigentum lebt, zeigte sich in der Krise des Finanzkapitalismus der vergangenen Jahre. Mit ihr begann die Renaissance der Genossenschaften. Kaum hatte der US-Finanzinvestor Fortress in Dresden über 47.000 Wohnungen von der Stadt erworben, gingen andernorts die fast tot geglaubten Wohnungsbaugenossenschaften in die Offensive und machten deutlich: Wir wollen Wohnungen für Menschen, nicht für SpekulantInnen.

Mit der Finanzmarktkrise rückte auch die älteste deutsche Alternativbank in den Blickpunkt des Geschehens: die GLS Gemeinschaftsbank mit Sitz in Bochum. Getragen von 22.000 Genossenschaftsmitgliedern, setzt die 1975 gegründete Alternativbank auf einen anderen Umgang mit Geld. Bei dieser Bank können SparerInnen entscheiden, ob sie ihr Geld in erneuerbare Energien, Kindergärten und Schulen, Wohnprojekte für ältere Menschen oder andere Projekte investiert sehen wollen. Die GLS-Bank organisiert auch Zusammenschlüsse von Leuten, die gemeinsam Projekte finanzieren wollen. Zahlreiche Schulen, Wohnanlagen für ältere Menschen oder Energieprojekte sind auf

diese Weise entstanden. Nicht zuletzt dieser andere Umgang mit Geld ermutigte Attac, Occupy und andere soziale Bewegungen zur Aktion „Krötenwanderung – Bank wechseln, Politik verändern“. Die Umsätze der vier Alternativbanken GLS, Umweltbank, Ethikbank und Triodos haben sich in wenigen Jahren auf deutlich mehr als fünf Milliarden Euro verdoppelt.

Noch stärker ist der Aufbruch in der Energiepolitik. Ermutigt durch die feste Einspeisevergütung für sauberen Strom und unterstützt von der Anti-Atomkraft-Bewegung liessen sich die BefürworterInnen der Energiewende nicht frustrieren. Zwei der vier bundesweiten Ökostromanbieter mit der höchsten Glaubwürdigkeit sind Genossenschaften: Greenpeace Energy und die Elektrizitätswerke Schönau. In der Folge kam es zu einem Gründungsboom von Energieproduktionsgenossenschaften – ihre Zahl hat sich von 2001 bis 2011 auf 586 fast verzehnfacht. Während die nach der Katastro-

phe von Fukushima angekündigte Energiewende auf den Widerstand der grossen Energiekonzerne stösst, wird sie unten bereits praktiziert: Stadtwerke, Bürgerwindparks oder Energiegenossenschaften gewinnen immer mehr Investoren und Kundinnen, mehr als eine Million Menschen sind direkt an der Stromproduktion beteiligt. In Berlin wollen BürgerInnen ihr Stromnetz zurückkaufen. Siebzig Landkreise mit insgesamt acht Millionen EinwohnerInnen haben sich zu „100 Prozent eeRegionen“ erklärt. Ihr Ziel: Eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien aus der Region. Wovon die AtomkraftgegnerInnen vor fünf Jahren nicht einmal zu träumen wagten, ist nun Fakt: Die Macht der grossen Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall schrumpft.

Noch beherrschen Banken und InvestorInnen die Finanzmärkte, noch immer haben Auto-, Chemie- und Energiekonzerne viel Macht. Auf der anderen Seite gewinnt die solidarische Ökonomie spürbar an Bedeutung. Der Motor ist der Energiesektor. Doch inzwischen reicht die Bewegung weit darüber hinaus: BürgerInnen gründen Softwaregenossenschaften, Dorfläden, Altersheime, Wasserversorgungsunternehmen, retten Hallenbäder, Zuglinien oder finanzieren das Stadiondach für den Fussballverein. „Pro Jahr kommen in Deutschland derzeit 200 bis 250 neu gegründete Genossenschaften hinzu, zehnfach so viel wie noch vor sechs Jahren“, sagt Andreas Wiege vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband.

Die Bewegung ist auch in der Politik angekommen. Im Frühjahr 2012 gründeten vierzig Mitglieder der Fraktion Die Linke im Bundestag die Genossenschaft Fairwohnen, um elftausend Wohnungen von der staatlichen Treuhandliegenschaftsgesellschaft zu erwerben, die privatisiert werden soll. Damit wollen sich MieterInnen in ostdeutschen Städten vor dem Ausverkauf ihrer Wohnungen schützen.

Dieser Artikel erschien in der Schweizer Wochenzeitung „WOZ“ vom 2. August 2012 und wurde redaktionell leicht gekürzt.

KapitaleignerInnen – und entfachte einen brutalen Konkurrenzkampf. Dennoch kommt Frank Heider für Hessen zum Ergebnis, dass Ende der neunziger Jahre nur sechzehn Prozent der selbstverwalteten Betriebe aus dem Markt ausgeschieden waren. Auf ganz Deutschland übertragen, konnten sich mithin zehntausend selbstverwaltete Betriebe halten. Viele jedoch relativierten die Ideale der ersten Stunde – wie etwa die Berliner „taz“: Nach einer Krise 1992 wurde die Tageszeitung-Verlagsgenossenschaft gegründet, um die Zeitung auf eine breite finanzielle Grundlage zu stellen. Jetzt bestimmen nicht mehr allein die 250 Beschäftigten über die Geschicke des Unternehmens, sondern auch rund zwölftausend GenossenschaftlerInnen. Redaktion und Verlag führten eine klare Arbeitsteilung ein, samt Chefredaktion – und zahlen unterschiedliche Löhne, die aber weiterhin unter dem Branchentarif liegen. Immerhin behauptet sich die Zeitung am Markt. Dass der Geist

Die Schlecker-Frauen wollen eine Genossenschaft gründen und geschlossene Filialen zu Mini-Supermärkten machen. Mit fünf Filialen soll es losgehen. *Von Nadine Michel.*

PLÄNE DER „SCHLECKER“-FRAUEN

Neunhundert Filialen. Das hatte Christina Frank einfach keine Ruhe gelassen. 900 Filialen der pleitegegangenen Drogeriemarktkette Schlecker, denen es auch zum Schluss wirtschaftlich noch gut ging. Die jährlich einen Umsatz von fünfhunderttausend Euro erzielt haben. „Wir haben die ganze Zeit versucht, dass wenigstens diese Filialen noch beliefert werden“, sagt die Stuttgarter Gewerkschaftssekretärin. Vergebens. Deshalb hat die Ver.di-Frau die Sache selbst in die Hand genommen.

Zusammen mit 35 ehemaligen Mitarbeiterinnen von Schlecker will Frank

eine Genossenschaft gründen und damit schaffen, woran andere gescheitert sind: Den Schlecker-Frauen eine berufliche Zukunft bieten und in dörflichen Regionen eine Nahversorgung sicherstellen.

Frank sitzt auf einer Cafétterasse mit Blick auf den Bodensee. Eigentlich will sie hier, im baden-württembergischen Markelfingen, zwei Tage abschalten. Einfach mal die Seele baumeln lassen. Den Stress aus Stuttgart vergessen. Die 57-Jährige trägt ein sommerlich mit lila Blumen dekoriertes T-Shirt. Seit Monaten ist Frank im Dauereinsatz. Sie kümmert sich um die entlassenen Frauen, berät sie, tröstet sie. Mit einigen von ihnen ist sie im Juni zur Gläu-

bigerversammlung gefahren, auf der das endgültige Aus besiegelt wurde. „Da sind wir auch beim Anton vorbeigefahren, weil wir mal sehen wollten, wie der so wohnt.“ Anton Schlecker ist der Firmengründer. Gegen ihn ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft.

Viele wollen einen Neuanfang

Während am Wochenende schwere Vorwürfe gegen Anton Schlecker bekannt werden, versucht Frank den Frauen am Bodensee etwas Ablenkung zu bieten. Sie sind in Markelfingen im Jugendcamp des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengekommen. Direkt am Ufer, mit komfortablen Zel-



ten auf einer großen Grünanlage. Doch natürlich werden auch hier die Sorgen ausgetauscht, bittere Erfahrungen mit dem Arbeitsamt geschildert. Viele Frauen seien nach ihrem ersten Besuch bei der Arbeitsagentur zu Frank gekommen. „Die wollten einen Neuanfang, merkten aber, dass das da nichts wird.“ Doch der engagierten Gewerkschafterin geht es nicht nur um die Jobperspektive. Dass die Nahversorgung in dörflichen Regionen immer schlechter werde, sei bislang als Problem viel zu stark ignoriert worden. „Da ist die Politik gefordert“, sagt Frank. Doch vom Wirtschaftsministerium habe sie nach einem Arbeitsgespräch nicht viel mehr erhalten als einen Leitfaden. „Was darin steht, wussten wir zu dem Zeitpunkt alles schon selbst.“ Frank schwebt die Idee vor, aus den ehemaligen Schlecker-Läden Mini-Supermärkte zu machen, in denen neben Drogerieartikeln auch Milchprodukte angeboten werden sowie Obst, Gemüse, Fleisch und Brot. „Und dafür bekommen wir Unterstützung von Seiten, von denen wir es gar nicht gedacht hätten.“

Täglich telefoniert Frank mit Bürgermeistern, die die Genossenschaft finanziell oder zumindest ideell unterstützen wollen, um den einzigen Laden vor Ort zu retten. Vermieter würden ihr anbieten, die Miete zu senken, wenn der Laden zeitnah wieder betrieben würde. Viel Zeit wollen sich Frank und ihre Mitstreiterinnen ohnehin nicht lassen. „In vier Wochen soll es die erste Versammlung geben“, sagt Frank. Wenn, dann müssten die Filialen bald wieder öffnen. „Sonst ist es zu schwer, die Kunden wiederzugewinnen.“

Kosten werden geteilt

Doch allein die jeweilige Markt- und Standortanalyse kostet pro Filiale dreitausend Euro. Für fünf Filialen, die der Anfang sein sollen, teilen sich die Kosten zu unterschiedlichen Teilen Ver.di in Baden-Württemberg, die Evangelische Betriebsseelsorge und die Partei Die Linke. Auch auf eine Ausstattung könnte die Genossenschaft zurückgreifen. Der Insolvenzverwalter habe den Frauen zugesagt, dass sie die zurückgebliebenen Regale, Kassenbänder oder Faxgeräte übernehmen könnten. Würde also noch die Ware fehlen.



GEWINN FÜR ALLE

Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft. Von Konny Gellenbeck.

Die WIRTSCHAFTER: Wo die Verkäufer auch Käufer sind, macht Betrug am Kunden keinen Sinn. Das genossenschaftliche Wirtschaften hat dem kapitalistischen Wettbewerb nicht nur diese Vertrauensbasis voraus: Vom gemeinsamen Ziel angetrieben, sind Genossenschaften oft Innovationsmotoren. Und nicht selten koppeln sie ihr wirtschaftliches Handeln an ein politi-

sches Ziel. Was sich anhört wie ein paradiesischer Zustand, wird weltweit seit mehr als hundert Jahren täglich und erfolgreich umgesetzt. Dieses Buch zeigt, wie wir mit Genossenschaften den Kapitalismus überwinden können.

Über die Autorin: Konny Gellenbeck ist seit 1996 für die taz Genossenschaft und ihre über 10.000 Mitglieder zuständig. 2008 kam die gemeinnützige taz Panter-Stiftung dazu, deren Aufbau sie maßgeblich gestaltete.

Doch auch um die macht sich Frank keine Sorgen. „Wenn unser Businessplan gut ist, bekommen wir die Waren.“ Frank, kurze, blondierte Haare, gibt den Takt vor. Wenn andere um ihre Zukunft bangen, strahlt sie Energie und Zuversicht aus. Zwei, die sich von Anfang an mitreißen ließen, genießen an diesem Wochenende auch die Ruhe am Bodensee. Karin Meinerz und Bettina Meeh stehen unter einer Birke nahe dem Ufer. Wenn sie an die Tage zurückdenken, in denen das Aus der Firma besiegelt wurde, für die Meinerz 11 und Meeh 19 Jahre gearbeitet haben, werden ihre Augen für einen kurzen Moment feucht. „Wir haben wirklich gehofft, dass es nach der ersten Kündigungswelle im März noch weitergeht. Wir wurden aber enttäuscht“, sagt Meinerz.

Doch eigentlich blicken sie gerade lieber nach vorn. „Wir sind Kämpfer“, sagt Meeh. Und so wollen sie motiviert an die Gründung der Genossenschaft gehen. „Natürlich haben wir auch Gedanken im Hinterkopf, ob das alles klappt, ob die Kunden wiederkommen, wie der Umsatz sein wird. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen und werden das versuchen.“ Als wirklichen „Neustart“ wollen sie die Genossenschaft aber nicht ansehen. „Wir sind es ja gewohnt, im Laden zu stehen. Wir sind ja schon viele Jahre dabei“, sagt Meeh. Und auch das persönliche Risiko sei gering, da sie nicht mit ihrem Privatvermögen haften werden.

Sie kennen ihre Kunden

Die Läden sollen jeweils als Mini-GmbH an die Genossenschaft angeschlossen werden. So könnten unrentable Filialen saniert werden, ohne die Existenz der gesamten Genossenschaft zu gefährden. Für jede Filiale haben die Frauen versucht, so viele Daten wie möglich zu sammeln. Inzwischen wissen sie, wie gut oder schlecht es um welchen Laden stand. Und sie glauben zu wissen, was insgesamt schiefgelaufen ist. Ihr Vorteil: Sie kennen ihre Kunden und deren Bedürfnisse. „Wir würden mit dem Sortiment auf die Leute zugehen, beispielsweise wenn wir wissen, dass nebenan eine Schule ist oder ein Altenheim“, sagt Meinerz. „Wir wollen einfach mehr auf die Kundenwünsche eingehen.“ Meeh ergänzt: „Wir wollten ja früher schon viel ändern und haben nach einem anderen Sortiment gefragt, aber leider ist das nie umgesetzt worden.“

Eins wird auf jeden Fall geändert: der Name. Bisher gibt es nur einen Arbeitstitel: „Geno SF – Genossenschaft der Schlecker-Frauen“. Aber Schlecker soll das Ganze nicht mehr heißen.

Quelle: taz – die tageszeitung, 14. August 2012.

„WIR SIND DAS, WAS WIR ERINNERN“

Schreiben gegen das Vergessen am Beispiel kärntnerslowenischer Literatur.

Von *Rabia Emanzotti*.



Judith Goetz. Bücher gegen das Vergessen. Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung. Kitab-Verlag 2012

Am 14. April 1942, also vor mittlerweile 70 Jahren, begannen SS-Einheiten in Kärnten/Koroska mit der Deportation slowenischer Familien. Innerhalb von wenigen Stunden mussten die Menschen ihre Häuser verlassen und wurden mit LKWs in Sammellager gebracht. Von dort aus erfolgte die Verschickung der rund 1000 Kärntner SlowenInnen ins gesamte Reichsgebiet zur Zwangsarbeit. Angehörige der slowenischen Minderheit, die sich zu diesem Zeitpunkt oder schon vorher dem organisierten Widerstand gegen das NS-Regime angeschlossen hatten, wurden in Konzentrationslager deportiert.

Unter dem Euphemismus „Aussiedlung von Slowenen aus Kärnten“, so der genaue Einsatzbefehl, fand die nationalsozialistische Führung eine für sie praktikable Lösung der so genannten „Slowenenfrage“ in Südkärnten. Die „Ausgesiedelten“ wurden als „volks- und staatsfeindlich“ erklärt, ihr Vermögen konnte somit eingezogen und ihre Höfe Reichsdeutschen übergeben werden.

Das kürzlich im Kitab-Verlag erschienene Werk der Literatur- und Politikwissenschaftlerin Judith Goetz „Bücher gegen das Vergessen – Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung“ widmet sich zum einen (ausgewählter) Literatur von Kärntner SlowenInnen im Kontext der nationalsozialistischen Vertreibung und liefert zum anderen wertvolle Informationen über eines der wenig beachteten Kapiteln österreichischer Geschichte.

Dass es beispielsweise Kärntner SlowenInnen waren, die den militärisch wichtigsten Teil des Widerstandes gegen die Nazis auf österreichischen Boden geleistet haben, ist heute ebenso wenig bekannt wie gern gehört. Durch den geschichtsrelativistischen Diskurs nach 1945 wurde – vor allem in Kärnten/Koroska – das Feindbild der „heimatverräterischen Kärntner SlowenInnen“ aufgebaut und eine gnadenlose Täter-Opfer-Umkehr betrieben, weshalb Partisanenwiderstand bis heute in Kärnten/Koroska verbunden ist mit Assoziationen wie „Heimatverrat“, „Banditen“ oder „Deutschenmörder“.

Kärntner SlowenInnen sind auch heute noch mit rassistischen Ressentiments, Ausgrenzung und mitunter offenem Hass konfrontiert (Stichwort Ortstafelstreit). So verwundert es kaum, dass verschriftlichte Erinnerungen von „ausgesiedelten“ Kärntner SlowenInnen oder ehemaligen PartisanInnen

bislang kaum Eingang in öffentliche Diskurse oder literarische Werke gefunden haben. Die Angst als ehemalige PartisanInnen oder KZ-Überlebende verachtet, beleidigt oder gar angegriffen zu werden, brachte viele jahrzehntelang zum Schweigen. Erinnerungen, Gedichte oder andere literarische Auseinandersetzungen mit der eigenen Geschichte entstanden oft im Verborgenen und wurden – wenn überhaupt – im kleinen Kreis weitererzählt. In vielen Fällen dauerte es Jahre bis sich die Betroffenen dazu entschieden ihre Lebensgeschichten niederzuschreiben.

Mit Judith Goetz „Bücher gegen das Vergessen“ gelingt nicht nur ein vielschichtiger Einblick in unterschiedliche Schicksale von Kärntner SlowenInnen während des Zweiten Weltkrieges sondern auch eine sensible Analyse der Werke der ausgewählten AutorInnen unter genauer Bedachtnahme der persönlichen Biografien und Lebenswelten. So waren beispielsweise Anton Haderlap und Franz Kukovica aufgrund ihres jungen Alters als so genannte KinderpartisanInnen-Kuriere tätig, während die schon etwas ältere Jelka (= PartisanInnenname von Helene Kuhar) bei den PartisanInnen nicht nur eine Ausbildung erhielt, sondern auch als Leiterin der Antifaschistischen Frauenfront aktiv am Kampf teilnahm.

Die Verschriftlichung der eigenen Biografie, Erinnerungen und Gedanken ist immer auch ein Akt von Selbstermächtigung und Teil des Verarbeitungsprozesses der jeweiligen AutorInnen. Neben unterschiedlichen Motivationen des Schreibens erzielt die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte zwei Ergebnisse: Zum einen werden eigene Traumata individuell verarbeitet und persönlichen Sichtweisen Raum gegeben und zum anderen sind Erinnerungen einer marginalisierten Opfergruppe im Rahmen einer geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung für die Nachwelt konserviert und als Werkzeug „gegen das Vergessen“ einsetzbar.

„Bücher gegen das Vergessen“ lassen also jene zu Wort kommen, die verachtet, verdrängt, vertrieben oder getötet wurden und leisten so einen entscheidenden Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte eines Landes, das nach wie vor gern die Rechte von Minderheiten mit Füßen tritt.

Die Autorin Goetz ermutigt die LeserInnen sich auf eine genaue Auseinandersetzung mit Erinnerungsliteratur allgemein und speziell der von Kärntner SlowenInnen einzulassen und spannt eine Brücke zum Gedächtnis der vermeintlich vergessenen Minderheit der Kärntner SlowenInnen.

Zahlreiche Literaturverweise sowie eine Auflistung von Filmen und Theaterstücken werden dafür sorgen, dass die Glut nicht ausgehen wird. Denn – Zitat der ehemaligen Partisanin Jelka: „Aus der kann einmal ein neues Feuer werden.“

Und der verweigerten Anerkennung des Kampfes der PartisanInnen in Südkärnten ist man mit diesem Buch jedenfalls ein Stückchen näher gekommen.

Renate Schön ist tot



1956–2012

Meine Wegbegleiterin seit den ersten KIV-Tagen, Renate Schön, ist am 13. Juli im SMZ Süd gestorben. „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Das war Renates Lieblingsspruch. Und nach diesem Motto hat sie auch gelebt. Als Personalvertreterin, als Gewerkschafterin im Bundesvorstand und im Präsidium der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Und auch privat im Umgang mit den 16 Jahren ihrer schweren Erkrankung, die sie lange Zeit nicht an ihrer engagierten Arbeit gehindert hat. Unvergessen, wie sie einmal in einer Sitzung mit den Granden der GdG kurzerhand „das Ende der Demokratie“ konstatiert hat.

Renate war eine mutige Frau. 1978 hat sie erstmals für die KIV kandidiert. Blühtung und knapp einige Monate nach ihrem Dienst Eintritt als Sozialarbeiterin bei der Stadt Wien. Vor allem ihrem unermüdbaren Einsatz und ihrer Kontaktfähigkeit war es zu danken, dass die KIV nach 30 Jahren erstmals die Mehrheit in ihrem Dienststellenausschuss errang. Ihre größte Enttäuschung war sicher, dass ihr Nachfolger bei der nächsten Wahl aus fadenscheinigen Gründen zur FSG wechselte.

Als die Entwicklungen im ÖGB dazu führten, dass wir einen Verein gründen mussten, wurde sie Vorsitzende der KIV. Nach ihrer Versetzung in den Ruhestand haben wir sie wegen ihrer starken Verbundenheit zur „Ehrevorsitzenden“ gemacht. Ein gewisser Paradigmenwechsel in der KIV, in der solche „Formalitäten“ lange Zeit eher verpönt waren.

Soweit es ihr Gesundheitszustand zuließ, hat sie auch noch nach Aufgabe ihrer Funktionen am KIV-Leben teilgenommen und sich bei den KIV-Plena eingebracht. Zuletzt war das nicht mehr möglich. Noch am Mittwoch hat sie im Krankenhaus angekündigt, am Freitag nach Hause zu gehen. In gewissem Sinn ist das auch geschehen...

Menschen wie Renate gibt es kaum mehr – auch nicht in der KIV. Ich tröste mich damit, dass ihr Ableben so etwas wie Erlösung war. Das ist ein sehr kopflastiger Trost. Es überwiegt die Trauer.

Renate wurde am 1. August am Wiener Zentralfriedhof begraben.

Alfred Bastecky

In Memoriam Harald Wosihnoj

GENTECHNIKKRITIKER, BÜRGERRECHTSAKTIVIST
UND JOURNALIST



1961–2012

Harald Wosihnoj war in den 80er Jahren Mitbegründer des Gen-ethischen Netzwerkes Österreich (GeN). Er war Aktivist und Journalist, der über viele Jahre sehr viele mit Informationen über die Risiken der Gen- und Biotechnologie versorgt und sie damit aufweckt hat. Vielfach seiner Zeit weit voraus hat er den Keimling gesetzt, der dann 10 Jahre später zum Gentechnikvolksbegehren führte und Österreichs Positionierung als „gentechnikfreie Zone“ zum parteiübergreifenden politischen Allgemeingut machte.

Die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission zur Gentechnik ging auch auf Harald und seine Tätigkeit als Politikberater zurück. Er hat sich dafür verwendet, dass Behindertenverbände bei der Diskussion über die Auswirkungen der Genanalyse einbezogen werden, dass NGOs in Bezug auf die Umwelt anzuhören sind, oder dass bäuerliche Initiativen ihre alternativen Zukunftsstrategien einbringen konnten.

Später widmete sich Harald Wosihnoj auch im Zusammenwirken mit seinem Brotberuf als IT-Fachmann anderen demokratiepolitisch brisanten Themen: Er war Mitbegründer und erster Präsident des Vereins „quintessenz“ und beschäftigte sich in diesem Kontext mit dem Überwachungsstaat und den Bürgerrechten im Informationszeitalter. Zahlreiche Projekte und Kampagnen wurden von ihm initiiert und unterstützt: Protestaktion „Ein Land geht offline“; Linux und Open Source Veranstaltungen; Kampagnen gegen Softwarepatente; „Big Brother Award Österreich“. Die digitalen Bürgerrechte wurden auch Teil seines journalistischen Engagements beim Falter oder in der Future Zone des ORF.

Harald hat durch sein persönliches Engagement viele zum Nachdenken und zum Handeln angeregt und in einer Zeit der aufkommenden Bewegung von Bürgerinitiativen einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet – Harald, Du hast unser Land ein wenig demokratischer gemacht. Wir danken Dir.

Deine langjährigen MitstreiterInnen

Chronologie einer schweren Geburt; Dezember 1997 ☞ Die Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften; Jänner 1998 ☞ Für eine Arbeitsplatz-Offensive im öffentlichen Dienst; November 1999 ☞ Ergebnisse der Zentralbetriebsratswahlen im Arbeitsmarktservice; Dezember 1999 ☞ Regierung muss bestehende Verträge der Eisenbahner einhalten; Juni 2000 ☞ Budget der Grausamkeiten: Raus auf die Straße statt rein in den Sparwahn; November 2000 ☞ Urabstimmung muss für Kampfmaßnahmen mobilisieren; Juli 2001 ☞ Unabhängige Liste „we4you/UG“ bei Telekom auf Anhieb drittstärkste Fraktion; November 2001 ☞ Jetzt raus auf die Straße, Gewerkschaften; April 2003; ☞ Direktwahl der ÖGB-Spitze durch Gewerkschaftsmitglieder; Oktober 2003 ☞ Mit Sparen im Bildungsbereich muss Schluss sein; Oktober 2003 ☞ Solidaritätsfrühstück mit streikenden ÖBB-ArbeitnehmerInnen; November 2003 ☞ Keine weißen Flecken in Arbeiterkammer mehr; April 2004 ☞ Klare Absage an Richtungsgewerkschaften; Juni 2004 ☞ Wahlerfolg Unabhängiger GewerkschafterInnen bei BAWAG; Juni 2004 ☞ Personalvertretungs-Wahlen sind fulminanter Wahlerfolg – UGöD ist klar dritte Kraft;

UGÖD solidarisch mit November 2005 ☞ Kein Zuruf; März 2006 ☞ Haber-Direktwahl der Gewerkschafterswert; April 2006 ☞ schaftlerInnen starten Initia-demokratie jetzt!"; April 2006

GÖD-Reform einschließen; Mai 2006 ☞ Überparteilicher demokratischer Funktionär?; Juli 2006 ☞ Jetzt Mitglieder-ken; Oktober 2006 ☞ Bedauern Scheitern des Ein-Gewerk-2006 ☞ Mit Reformplänen wenig zufrieden; Jänner 2007 schwarzer Tag für Menschenrechte und Umwelt; März 2007 ☞ schafterssteuer völlig falsches verteilungspolitisches Signal; März

Buchingers Negativsteuerplänen; April 2007 ☞ Die Arbeitszeitflexibilisierung Arbeitszeitverkürzung?; Mai 2007 ☞ Wiener Stadtregierung plant Demontage 2007 ☞ UG startet Initia-tive „Noch länger arbeiten? Nein danke!"; Mai 2007 LehrerInnen weder „Zuckerl“ noch „Privileg“; Juni 2007 ☞ ÖAAB soll offenlegen; Juni 2007

dings nur erster ligung nur wenig kommensverteilung;



AUGE/UG

realistisch – for- dern wir plus 10 Prozent, Mindestbetrag Euro 200 für der Arbeiterkammer zu Ökostromförderung heißt „Nein“ zu zehntausenden Zukunft; November 2007 ☞ Inakzeptable Verschärfungen für Erwerbsarbeitslose Novelle; Dezember 2007 ☞ EU-Reformvertrag: UG fordert Volksabstimmung; schlagung der ÖBB war schwerer politischer Fehler von ÖVP/FPÖ/BZÖ; Jänner unteren und mittleren Einkommen angehen, statt Erb- und Schenkungssteuer ÖGB, AK-Steuerpapier: „Wo bleibt Gegenfinanzierung?"; April 2008 ☞ Mehr Jugendamt – Öffentliche Aktion vor Wiener Rathaus; Mai 2008 ☞ EU-Arbeitszeitrichtlinie: „Zeiträuber weiter unterwegs“; Juni 2008 ☞ UGöD unterstützt Kampfmaßnahmen der ÄrztInnen; Juni 2008 ☞ Finanztransaktionssteuer: „Ausreden zählen nicht mehr – jetzt Börsenumsatzsteuer wieder einführen“; Oktober 2008 ☞ Betriebsrats- nen war“; November 2008 ☞ Armuts- und Reich- ☞ „Gratiskindergarten“ in Wien: Bildungsoffensive UGöD fordert Konjunkturpakete in Bereichen Bil-

K+VUG

Kraft in der Arbeiterkammer fest verankert; April 2009 ☞ Klares Nein zu „Rosinen“-Zügen; April 2009 ☞ Schluss mit PendlerInnenschρόpfung – Wir zahlen auch nicht die Krise der ÖBB; April 2009 ☞ Fehler bei Bankenrettungspaket drohen sich nun bei Unternehmenspaket zu wiederholen; Juni 2009 ☞ Her mit dem sozial-ökologischen Konjunkturpaket III; Juni 2009 ☞ Vorarlberg: Unabhängige GewerkschafterInnen sind ÖGB-Fraktion; Juni 2009 ☞ Buch: Fünfzig Seiten geben Einblick in die drittstärkste ÖGB-Fraktion; Juni 2009 ☞ Freiheitliche gehören isoliert, nicht integriert; Juli 2009 ☞ Unabhängige regierung aufgefordert, 2009 ☞ Wer von Leis-Personalvertretungs-

UGPF

„mehr wert“ – und bringt hohen gesellschaftlichen Mehrwert; Jänner 2010 ☞ Unter- gegen WKR-Ball vollkommen inakzeptabel; Jänner 2010 ☞ Frauentag aktueller denn schnaufpause“ für die Nebenbahnen?; März 2010 ☞ Arbeit „fair“ teilen – Arbeitszeit KIV/UG klar zweite Kraft bei Wiener Gemeindebediensteten; Mai 2010 ☞ BRAK/UG Betriebsrat der Nationalbibliothek; Mai 2010 ☞ Burn-Out: Es braucht Maßnahmen in Betrieben und leistbare Psychotherapieangebote für Betroffene; Juli 2010 ☞ Unabhängige GewerkschafterInnen rufen zu Teilnahme an „Krötenwanderung!“ auf; September 2010 ☞ Volle Solidarität mit StudentInnen im Kampf gegen Einsparungen im Bildungs- und Familienbereich; Oktober 2010 ☞ Unabhängige GewerkschafterInnen unterstützen Plattform „Zukunftsbudget“; November 2010 ☞ LehrerInnenbildung braucht grundlegende Verbesserung – nicht erst seit PISA; Dezember 2010 ☞ Protest gegen 385 Änderungskündigungen bei Sozial Global; Feber 2011 ☞ Wer in Österreich lebt, muss hier arbeiten dürfen – illegale Beschäftigungsverhältnisse legalisieren; März 2011 ☞ Noch bis 7. März – Volksbegehren „Raus aus EURATOM“ unterschreiben; März 2011 ☞ Investitionen in Bildung und Soziale Dienste statt Spardiktat; Mai 2011 ☞ Anteilnahme mit den norwegischen KollegInnen; Juli 2011 ☞ Rechtsaußen bleibt Rechtsaußen, autoritär bleibt autoritär, FP bleibt FP; ÖLI/UG unterstützt Bildungsvolks- chen Dienstes fordern fünf Prozent – schuldenkrise“ trübt Blick auf wahre

UGvida

ORF-Reform auf Kosten demokratischer Mitbestimmungsrechte der Belegschaftsvertretung; Jänner 2012 ☞ Chance auf mehr soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau vertan; Feber 2012 ☞ Hände weg von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen; März 2012 ☞ AUGÉ/UG und KIV/UG laden zum „Sozialgipfel Reloaded“; März 2012 ☞ Für verpflichtende Sozial- und Umweltbilanzen, gegen EU-Fiskalpakt und Nulllohnstunden; April 2012 ☞ Arbeiterkammer Niederösterreich ist aufgefordert, gegen Schiefergas- und Tight Oil-Bohrungen im Weinviertel Stellung zu beziehen; Mai 2012 ☞ Bank Austria: Bei den Betriebsratswahlen gab es für die Unabhängigen GewerkschafterInnen einen tollen Erfolg; Mai 2012 ☞ Solidarität mit den Wiener AbfallberaterInnen in ihrem Kampf für faire Arbeits- und Einkommensbedingungen; Juli 2012.

15 JAHRE

UG Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB



Freitag, 28. September 2012, Einlass: 18 Uhr, Schutzhaus Zukunft, Verlängerte Gunt- herstraße, (Öffentliche Ver- kehrsmittel: Linien 9, 48A)

Programm:

> Reinhart Sellner (guitar & vocals) & Ernst Eigenbauer (lyrics)

> Wiener Beschwerdechör
> Djane Ulli Fuchs & guests

ALLE UG-LERINNEN UND FREUNDINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

November 2004 ☞ Forum Boku-Wien; BAWAG-Verkauf auf zettel-Vorstoß zu schaftsspitzen begrü- Unabhängige Gewerk- tive „Gewerkschafts- ☞ ÖGB-neu muss

ÖGB-Präsident oder sozial- demokratie im ÖGB stär- schaft-Modells; November ☞ Grünes Licht für Ilisu ist Auslaufen lassen der Erb- 2007 ☞ Skepsis gegenüber ist da – wo bleibt die

des Gesundheitsamtes; Mai ☞ Schulfeste Stellen für Spendengelder der Indus- ☞ 1000 Euro Mindestlohn Schritt; Juli 2007 ☞ Mit- geeignetes Mittel zu August 2007 ☞ Seien wir alle; Oktober 2007 ☞ Nein neuen Arbeitsplätzen mit im Rahmen der AIVG-

Dezember 2007 ☞ Zer- 2008 ☞ Jetzt Entlastung der abschaffen; Feber 2008 ☞ Personal für das Wiener

ÖGB-Präsident oder sozial- demokratie im ÖGB stär- schaft-Modells; November ☞ Grünes Licht für Ilisu ist Auslaufen lassen der Erb- 2007 ☞ Skepsis gegenüber ist da – wo bleibt die

wahlen im Fonds Soziales Wien: „KIV/UG gewinnt, was zu gewin- tumsbericht: „Es braucht mehr Mut zu Umverteilung“; Jänner 2009 Ja! Noch mehr Belastung für das Personal Nein!; März 2009 ☞ dung, Soziales und Gesundheit; März 2009 ☞ „AUGE/UG als vierte

GewerkschafterInnen erfreut über Ausstieg aus Ilisu Staudammprojekt; Juli 2009 ☞ SPÖ-Stadt- AK-Beschluss „Nein zu Krankenstands-Rückkehrgesprächen“ umgehend umzusetzen; November tungsgerechtigkeit spricht, muss vor allem Vermögenssteuern fordern; November 2009 ☞ Wahlen: UGöD steht nun bei 7,52 Prozent Stimmanteil; November 2009 ☞ Soziale Arbeit ist

sagung der Demonstration je; März 2010 ☞ Nur kurze „Ver- „fair“ kürzen; April 2010 ☞ ist stimmenstärkste Fraktion im

UGöD

begehren; September 2011 ☞ Unabhängige GewerkschafterInnen des öffentli- Mindestbetrag 120 Euro; Oktober 2011 ☞ Schuldenbremse: Fokus auf „Staats- Krisenursachen und deren nachhaltige Bewältigung; November 2011 ☞ Keine

Chance auf mehr soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau vertan; Feber 2012 ☞ Hände weg von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen; März 2012 ☞ AUGÉ/UG und KIV/UG laden zum „Sozialgipfel Reloaded“; März 2012 ☞ Für verpflichtende Sozial- und Umweltbilanzen, gegen EU-Fiskalpakt und Nulllohnstunden; April 2012 ☞ Arbeiterkammer Niederösterreich ist aufgefordert, gegen Schiefergas- und Tight Oil-Bohrungen im Weinviertel Stellung zu beziehen; Mai 2012 ☞ Bank Austria: Bei den Betriebsratswahlen gab es für die Unabhängigen GewerkschafterInnen einen tollen Erfolg; Mai 2012 ☞ Solidarität mit den Wiener AbfallberaterInnen in ihrem Kampf für faire Arbeits- und Einkommensbedingungen; Juli 2012.

August 2011 ☞ Für Gleichberechtigung und das Menschenrecht auf Bildung – begehren; September 2011 ☞ Unabhängige GewerkschafterInnen des öffentli- Mindestbetrag 120 Euro; Oktober 2011 ☞ Schuldenbremse: Fokus auf „Staats- Krisenursachen und deren nachhaltige Bewältigung; November 2011 ☞ Keine

DIE ALTERNATIVE
ZEITUNG DER UG